

# Volkswacht

für Schlesien

Hauptredaktion: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2  
 Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738  
 Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.  
 Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf., Anzeigen unter Text 20 Pf., Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis normiertags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

## Endlich ein Fortschritt in der Abrüstungsfrage

### Ein bescheidener Erfolg der Abrüstungs-Kommission — Beschluß über die Festsetzung der Dienstzeit

Genf, 10. November. (Eig. Draht.)

Zur allgemeinen Überraschung hat die Vorbereitende Abrüstungskommission nach stundenlangem hitziger Debatte fast einstimmig eine ziemlich brauchbare Formel für die Festsetzung der Dienstzeit der jährlichen Rekrutenkontingente aller Waffengattungen in Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht angenommen. Man bedenkt, daß vor einem Jahr keine Einigung über den Text der ersten Fassung des betreffenden Artikels im Entwurf erzielt werden konnte und daß schon am 1. März voriger Woche die Mehrheit den ganzen Artikel für erledigt streichen wollte, so ist ein bescheidener Erfolg der Konferenz unverkennbar.

Drei Fragen bildeten den Kern des heftigen Streites. Soll eine für alle Staaten gleiche Höchstdienstzeit der jährlichen Rekrutenkontingente festgesetzt werden oder soll man die Höchstdienstzeit den Bedürfnissen und tatsächlichen Verhältnissen der einzelnen Staaten anpassen? Soll man darüber hinaus endlich die eine oder andere Lösung wiederum die Zeit der höchsten Dienstzeit der einzelnen Waffengattungen differenzieren oder vereinheitlichen? Glänzend verfocht u. a. der Griechische Politis noch die zutreffende Ansicht der Landmächte, daß die allg. Höchstdienstzeit zu hoch anstellen müsse, weshalb die Landmächte spezialisierte Höchstzeiten der ersten Lösung nach der Lösung sei. Lord Cecil war gegenteiliger Ansicht und verkündete plötzlich am 2. November, die Sowjetdelegation nun ebenfalls für die Festsetzung einer Höchstdienstzeit sei. Maffigli, Frankreich und Sato wünschten an Hand von Darstellungen der Verhältnisse in eigenen Ländern außer der spezialisierten Höchstdienstzeit

auch noch die Differenzierung in Höchstdienstzeiten für die verschiedenen Waffengattungen. Außer Sato beteiligten sich alle anderen Delegationen lebhaft an diesem Kampfe, bis endlich der Vorsitzende Laudon-Holland vorzuschlag, zuerst abzustimmen über den ersten Absatz des Artikels I mit den Änderungen, daß die Gesamtdienstzeit der jährlich Eingezogenen in jedem wehrpflichtigen Staat für Land-, See- und Luftstreitkräfte nicht die von den einzelnen Staaten angenommenen Höchstziffern überschreiten dürfen. Hierfür erhoben sich 19 Delegationen, während Deutschland und Rußland sich der Stimme enthielten. Nach weiterer Debatte wurde mit sieben gegen sechs Stimmen der Vorschlag Englands noch hinzugefügt, daß in keinem Falle die Höchstziffer einer Dienstzeit eine noch zu bestimmende Anzahl von Monaten überschreiten darf.

Nach der vorangegangenen Festsetzung differenzierter Dienstzeiten hat diese Hinzufügung keine praktische Bedeutung mehr, da die meisten Staaten schon unter dem zu erwartenden Maximum liegen. Aber das Ergebnis des heutigen Tages läßt die Tür offen für alle folgenden Verhandlungen, so daß wenigstens in der Dienstzeitfrage Erleichterungen zu erwarten sind.

den Verger der christlich-sozialen Kreise über das Ergebnis des Experiments Vauguins und Starhemburgs erkennen. Es tritt für eine Revision der christlich-sozialen Taktik ein und kündigt bereits Verhandlungen zwischen den Christlich-Sozialen und dem früheren Bundeskanzler Schober an. Vauguins persönliches Ansehen hat durch den Wahlausfall so stark gelitten, daß seine Lage als Bundeskanzler gefährdet sein dürfte. Seipel wird sich, trotz der tiefen gegenseitigen Abneigung, die ihn von Schober trennt, mit diesem zusammenschließen müssen. Freilich liegt die Schwierigkeit darin, daß in spätestens drei Monaten eine neue Bundespräsidentenwahl durch das Volk stattfindet. Niklas Austriken, wiedergewählt zu werden, sind sehr gering und Schober hat den Ehrgeiz, sein Nachfolger zu werden. Deshalb kommt er als Führer oder als Mitglied des neuen Koalitionskabinetts kaum in Betracht, jedenfalls nicht auf längere Zeit.

### Das Ausland zu den österreichischen Wahlen

Brag, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Bei der Besprechung der österreichischen Wahlen haben die tschechischen Linksblätter die katastrophale Niederlage der Heimwehr hervor, während die Rechtsblätter durch den Wahlausfall sehr verstimmt sind und ihre Leser dadurch zu trösten suchen, daß sie ihnen mitteilen, daß sich nichts geändert habe und die bürgerliche Mehrheit erhalten bleibe. Das „Prvo Vidu“ macht auf die wiederholende Gefahr eines Bürgerkrieges in Oesterreich aufmerksam und sagt, das Endziel der Politik Seipels sei die Wiedereinkerbung der Hausburger. Von den deutschen Blättern bemerkt das „Monatsblatt“, daß das Schicksal Oesterreichs nunmehr im Parlament und nicht bei den Heimwehrlägern entschieden werde.

### Paris, 10. November (Eigener Drahtbericht.)

Der Ausfall der Neuwahlen in Oesterreich hat in den politischen Kreisen in Paris genau so überrascht wie einst der Ausfall der Reichstagswahlen, nur ist diesmal die Überraschung entschieden angenehmer. Man hatte sich hier schon auf das Schlimmste gefaßt gemacht, zumal die wütendsten Heimwehrlager wie Starhemburg in Oesterreich schon vor der Wahl in der Regierung saßen, während Hitlers Wahlsposition in Deutschland viel weniger günstig war. Am so entscheidender bewertet man daher in Paris auch die Niederlage, die der Heimwehrlager und seine Hauptführer davongetragen haben. Die französischen Nationalisten halten sich für befugt, die Niederlage ihrer österreichischen Genossen als einen Schaden für Frankreich hinzustellen, denn jetzt werde der Anstoßgedanke wieder große Kraft gewinnen, eine Behauptung, die den französischen Chauvinisten nur als Vorwand herhalten muß um nach neuen Rüstungen zu streben. Die Ueberpartei in Paris hätten es also lieber gesehen, wenn Oesterreich dem Faschismus in die Arme gefallen wäre. Ein neuer Beweis dafür, wessen Geschäfte eigentlich Hitler und seine französischen Genossen belügen.

Was es am Montag früh nach der sozialistische „Populaire“ allein, der den sofortigen Rücktritt der Regierung Vauguin als Konsequenz ihrer Wahlniederlage forderte, so erklärt am Nachmittag selbst der gut bürgerliche „Temps“, daß es dem Bundeskanzler kaum möglich sein werde, sich noch für lange Zeit im Amte zu halten. Die Gefahr eines Staatsstreiches der Heimwehren wird in Paris sichtlich nicht unterschätzt, doch glaubt man zu wissen, daß selbst die mächtigsten Agitatoren vor den Folgen derartigen Abenteuerpolitik genügend gewarnt worden seien. So hat, wie wir aus bester Quelle erfahren, die Tschschechoslawakei noch in den letzten Tagen offiziell mitteilen lassen, daß sie jeden Staatsstreich in Oesterreich sofort mit der Gesamtmobilisierung beantworten werde.

### Rom, 10. November (Eigener Drahtbericht.)

Der Ausfall der Wahlen in Oesterreich dürfte gerade auch in benachbarten Italien mit größter Spannung erwartet werden, denn hier hatte man das Auftreten der Heimwehren mit offenem Jubel begrüßt, hatte aus Interviews mit Minister Starhemburg dessen großsprecherische ganz vom Faschismus aufgeblasenen Auffassungen verbreitet und für bare Münze genommen. Nun kommt die Enttäuschung. Die Berichte der Wiener Korrespondenten müssen, so in der „Tribuna“, entgegen den verhallenden Ueberstimmungen offen zugeben, daß die gegenwärtige reaktionäre Regierung mit ihrem Heimwehrminister in der Minderheit geblieben ist, daß die Sozialdemokraten außerdem noch einen Sitz gewonnen haben. Die „Tribuna“ sagt, daß sich eine neue bürgerliche Mehrheitsregierung nur durch die Koalition der Christlich-Sozialen mit dem Schoberblock, aber unter Ausschluß der Heimwehren, bilden kann. Die Enttäuschung ist groß und wird so geküßt wie möglich verhüllt.

## Das Ergebnis der Wahlen in Oesterreich

Wien, 10. November. (Eigener Bericht.)

Das vorläufige Gesamtergebnis der abgegebenen Stimmen:

Sozialdemokraten	1 517 603	(1927: 1 539 689)
Christlich-Soziale	1 303 608	
Heimatsblock	228 338	(1927: Einheitsliste 1 756 761)
Schober-Block	449 425	(in 1927 kandidierten die Großdeutschen auf der Einheitsliste; der Landbund erhielt mit getrennten Listen 229 977 Stimmen)
Hitler-Bewegung	108 445	(1927: 28 000)
Kommunisten	20 879	(1927: 16 181)
Demokraten	6 719	(1927: —)
Radikalen	2 134	(1927: 10 717)
Landwerter	12 630	

Oesterreich ist klarzutage getreten; wenn man aber bedenkt, daß die ganze Situation in Oesterreich in bezug auf die Stimmung der Bevölkerung auf Vormarsch zu stehen schien, so ist das Ergebnis doch mager. Es ist ganz klar, daß, wenn die Zersplitterung des Bürgertums, das diesmal in vier, statt das letztmal in zwei, Kolonnen marschierte, ihm nicht diese eben genannten 150 000 Stimmen Ausfall gebracht hätte, die Sozialdemokratie nicht nur kein Mandat gewonnen sondern sogar noch eins bis zwei Mandate verloren hätte. Denn bei 3 649 781 abgegebenen gültigen Stimmen und 165 Abgeordneten ergibt sich ein Quotient von 22 120, d. h. ein Mandat würde, wenn keine Zersplitterung vorhanden gewesen wäre, auf 22 120 Stimmen ausgefallen sein, d. h. aber, die Sozialdemokratie hätte dann 69 bestenfalls 70 Mandate erhalten, die bürgerlichen Parteien insgesamt aber 95. Das heißt, die Sozialdemokratie hätte dann ein Mandat verloren, das Bürgertum insgesamt eins gewonnen. Man kann also sagen: Der Ansturm der Faschisten ist in Oesterreich glänzend abgeblockt, ein Vormarsch des Sozialismus ist dagegen nicht eingetreten, die Wahlschlappe von 1927 — und man darf bei der Beurteilung des Wahlergebnisses nicht vergessen, daß die Sozialdemokratie damals eine starke Schlappe erlitten hatte — ist nicht ausgeglichen worden. Wer sich das nicht ganz nüchtern klar macht, ist ein Illusionist.

Was wird nun in Oesterreich?  
 Das Wiener Weltblatt, das Organ Kunichals, d. h. des gemäßigten christlich-sozialen Flügels, läßt bereits deutlich

Die Zahl der ausgesprochen faschistisch-putschistischen Stimmen, sowie und Nationalsozialisten, beträgt also nur rund 1,2 Millionen. Vergleiche mit 1927 sind nicht nur deshalb schwierig, sondern auch weil bei der letzten Verfassungsänderung die Wahlalter auf 21 Jahre erhöht worden war. Indessen hat die Zahl der Wähler infolge der Bevölkerungszunahme kaum gegenüber 1927 geändert.

A. Kr. Die bürgerlichen Parteien, ohne die Splitterparteien, im 1927 insgesamt 1 966 738 Stimmen erhalten, diesmal etwa 1,2 Millionen. Sie gewonnen also etwa 700 000 Stimmen. Die Parteien der Einheitsliste von 1927 erzielte 1 756 761 Stimmen, jetzt erhielten sie, wenn man die Anzahl des Landbundes von 1927 von dem Ergebnis des Wahlergebnisses abzieht, 1 751 394, danach hätten die Parteien der Einheitsliste insgesamt kaum verloren, nur zwischen ihnen wären Schwänge eingetreten. Dem Gesamtstimmengewinn der bürgerlichen Parteien steht ein, wenn auch nur sehr kleiner, Stimmenverlust der Sozialdemokraten gegenüber. Der Mandatsverlust der Sozialdemokraten ist also lediglich darauf zurückzuführen, daß auf der Seite der bürgerlichen Parteien durch die Zersplitterung ungefähr einhunderttausend Stimmen ausgefallen sind, nämlich 108 000 Stimmen der Hitlerbewegung und noch weitere 50 000 des Heimatsblocks. Das letztere ist man sofort, wenn man errechnet, auf wieviel Stimmen die Christlich-Sozialen und auf wieviel der Heimatsblock ein Mandat erhalten hat. Die Christlich-Sozialen erhielten bereits 1 303 608 Stimmen ein Mandat Die Sozialdemokraten auf 1 517 603 Stimmen, der Heimatsblock aber erst auf 228 338 Stimmen.

Oesterreichische Sozialdemokratie hat also einen sehr schönen Abwehrsieg erlitten, die innere Schwäche des Faschismus in

## Die Preisentwertungsaktion der Regierung Brüning

### Kleine Zettelserie erzielt

Das Reichsernährungsministerium hat am Montag Abend nähere Angaben über das Ergebnis seiner Preisentwertungsaktion gemacht. Die Preisentwertung erstreckt sich auf Brot, Fleisch und Milch. Bei der Kartoffel ist man noch nicht zu Ergebnissen gekommen. Nach der Ansicht des Ministeriums sind aber auch hier Erfolge in den nächsten Tagen zu erwarten.

Der Milchpreis soll betragt gelassen werden, daß sich z. B. die Milchpreise für Berlin von 12 auf 11 Pfennige vermindern. Das bedeutet für Berlin eine Senkung des Milchpreises um einen Pfennig. Die Senkung ist durchaus ungenügend.

Bei der Fleischpreisentwertung erstreckt sich die Aktion auf eine Ermäßigung für Schweinefleisch. Hier soll eine Verringerung des Preises um 10 Pfennige pro Kilo-gramm eintreten. Der Deutsche Fleischerverband, der Spitzenorganisation des Fleischerhandels in Deutschland, hat seine Mitglieder angewiesen, die Spunde bzw. den Preis um

5 Pf. pro Pfund zu reuzieren. Der Fleischerverband in Berlin hat seine Mitglieder bereits entsprechend unterrichtet. Für Berlin tritt die Senkung bereits am Dienstag in Kraft. Der Deutsche Fleischerverband teilt zu gleicher Zeit mit, daß er auf eine Ermäßigung der Abgaben und Lasten in den Gemeinden hofft.

Der Brotpreis soll um 4 Pfennige pro Kilogramm ermäßigt werden. Das bedeutet z. B. für Berlin eine Verringerung des Brotpreises im Gewicht von 1250 Gramm von 58 Pfennigen auf 54 Pfennige. Zugleich werden die Bäcker verpflichtet, gemäß des Brotgesetzes das Brot zu festen Gewichten zu verkaufen. Eine entsprechende Verringerung des Backgebäcks soll gleichzeitig vorgenommen werden.

Insoweit ist man so zu einem niedrigeren Preisniveau für wichtige Lebensmittel gekommen. Inzwischen ist die Frage, inwiefern die Preisermäßigung den Stand der Erzeugerpreise bzw. den Preisdruck im Gesamtmarkt

entspricht - beim Fleisch scheint das mehr der Fall zu sein als bei Brot - muß festgestellt werden, daß der vorgenommene Preisabbau dem Abbau der Effektivlöhne nicht gerecht wird. Weiter fehlen vor allem die Mittel der Preiskontrolle (ständige Veröffentlichung der Preise, Preisvergleichung usw.). Wenn die Preisermäßigung von Dauer und Wirkungspol sein soll, muß die Reichsregierung hier sofort die Organisation der Kontrolle einfassen.

**Die Fleischler wollen 5 Pf. pro Pfund ermäßigen**

Die Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungsminister und den Organisationen des Fleischergewerbes haben zu dem Ergebnis geführt, daß sich das Fleischergewerbe bereit erklärte, von Dienstag, den 11. November ab, die Handelspreise für Schweinefleisch um fünf Pfennige pro Pfund zu er-

mäßigen. Der Beschluß ist so auszulegen, daß sich ab Dienstag der Schweinefleischpreis um fünf Pfennige zu vermindern hat. Das Publikum kann die Bestrebungen nach Preisabbau am besten fördern, wenn es die schärfste Kontrolle ausübt und überall darauf achtet, daß die versprochene Preisermäßigung auch wirklich durchgeführt wird und zwar von den letzten Schweinefleischpreisen aus. Im übrigen muß das Reichsernährungsministerium für mehr Durchsichtigkeit im Fleischergewerbe sorgen. Es besteht die Gefahr, daß die verkauften Schweinefleischpannen bei den Spannen für andere Fleischsorten wieder herausgeholt wird. Damit würde die Fleischpreisermäßigung illusorisch. Im übrigen stehen wir nach einer saisonmäßigen Erhöhung der Schweinepreise der letzten Wochen unzweifelhaft vor einer Senkung der Schweinepreise. Auch hier ist darauf zu achten, daß die reduzierte Spanne nicht wieder überhöht wird!

# Kommunistische Verleumdungen entlarvt

**Die Verleumdungen Gufemanns als völlig haltlos erwiesen**

Bösum, 10. November (Eigener Drahtbericht).

Vor dem Amtsgericht Bösum wurde heute in siebenstündiger Verhandlung eine Verleumdungsklage des 1. Vorsitzenden des Bergbauindustriearbeiterverbandes des Reichstagsabgeordneten Gufemann gegen den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Florin und 2. Redakteure Birkenhauer und Schroer vom kommunistischen "Ruhrecho" verhandelt. Der Kläger lag eine ganze Reihe von Artikeln der Angestellten aus dem ersten Vierteljahr 1933 zu Grunde, in denen Gufemann vorgeworfen wird, er habe feilschend die Interessen der Bergarbeiter vertreten, sie an die Unternehmer verpfändet, er habe sie belogen und einen Streik zum Schaden der Bergarbeiter abgemürt. Die Artikel enthalten insbesondere die Behauptung, Gufemann sei dem damaligen Reichswehrminister Curtius gegenüber in einer geheimen Besprechung Bindungen eingegangen, eine Tarifbindung und einen Streik im Ruhrrevier zu verhindern. Von diesen geheimen Abmachungen ließen die Bergarbeiter nichts mitgeteilt werden. Gufemann erklärte, Fragen des Bergbauverbandes damals in 2 Sitzungen am 26. Februar und 22. März 1930 im Reichsarbeitsministerium besprochen worden. Selbstverständlich sei er keinerlei Bindungen, zu denen er auch nicht im geringsten befragt sei, eingegangen. Zur Zeit vorher, auf die die kommunistischen Artikel hinarbeiten, liegt eine Aussage des Reichswirtschaftsministers Curtius vor, in der mit aller Bestimmtheit erklärt wird, daß Gufemann ihm gegenüber in keiner Form und zu keiner Zeit Bindungen bezüglich der Haltung der Gewerkschaften in Bezug auf Lohn- und Arbeitsfragen eingegangen sei. In einem der kommunistischen Artikel war behauptet worden, daß Curtius in einer Kabinettsitzung vom 14. Dezember 1928 davon Mitteilung gemacht hätte, es bestehe Einmütigkeit zwischen ihm und den Führern der Gewerkschaften, daß eine neue Erhöhung der wirtschaftlichen Situation in der Kohlenwirtschaft durch eine Kündigung der Tarife vorläufig unterbleiben müsse. Der frühere Reichsanwalt Müller-Franke hat dazu erklärt, daß diese Behauptung nicht zutrifft. Der Verteidiger der Angeklagten, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Odoch beantwortete hierfür Zeugenaussagen des Reichswehraministers Curtius und die Herbeiführung des Protokolls der Kabinettsitzung und versuchte, durch Erhebung der Widerklagen gegen Gufemann die Sache der Angeklagten günstiger zu gestalten. Die Urteilsverhandlung wird am 17. November erfolgen.

# Die Einkommensteuernzulagen

Berlin, 9. November. (Eig. Bericht)

Unter der 30. September-Präsidenten, die das Wirtschafts- und Finanzprogramm der Regierung umfaßt und die jetzt vom Reichstag beraten werden, befindet sich auch der Entwurf eines Gesetzes über Zuschläge zur Einkommensteuer im Rechnungsjahr 1931. Durch die Kasserordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juli 1930 waren dem Reich für das laufende Rechnungsjahr durch Zuschläge zur Einkommensteuer neue Einnahmen eröffnet worden. Es handelt sich dabei einmal um einen fünfprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark, zweitens um die Reduzierung, und drittens um die Sonderbesteuerung der Aufwandsersatz. Bei Ertrag der Kasserordnung hatte man angenommen, daß diese Steuerzuschläge ebenso wie die gleichzeitig verordnete 2%prozentige Reichshilfe der Selbstbedienten im nächsten Jahre nicht mehr gebrauchbar wären. Deshalb waren diese Maßnahmen bis zum 31. März 1931 befristet.

Immerhin hat sich herausgestellt, daß die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen ein viel größeres Ausmaß angenommen haben, als erwartet wurde. Dabei werden sich insbesondere die Zuschläge der Einkommensteuer für 1931 als unzureichend erweisen. Die Regierung geht allerdings davon aus, daß diese Zuschläge für das Reich 55 Millionen und für die Länder 317 Millionen beitragen werden. Deshalb sollen die Steuern der Kasserordnung auch für 1931 weiter erhoben werden. Hinsichtlich der

Heranziehung der Selbstbedienten hat sich die Regierung, wie man weiß, dazu entschlossen, die 2%prozentige Reichshilfe vom 1. April 1931 ab durch eine sechsprozentige Gehaltskürzung zu ersetzen. Für die übrigen Deduktionsmaßnahmen der Kasserordnung schlägt die Regierung in dem vorliegenden Gesetzentwurf in der Hauptsache eine unveränderte Verlängerung für das Rechnungsjahr 1931 vor. Es bleibt daher bei dem 6prozentigen Steuerzuschlag für die Einkommen über 8000 Mark, ferner bei den Steuerzuschlägen für die Ledigen. Nur bei den Aufwandsersatzen wird die Sondersteuer, die nach der Kasserordnung 2% Prozent der Einnahmen beträgt, vom 1. April 1931 ab auf 6 Prozent erhöht. Das Aufkommen der drei Steuern wird für das Rechnungsjahr 1931 etwa wie folgt geschätzt:

Steuerzuschlag für Einkommen über 8000 Mark . . . . .	52 Millionen
Reduzierungssatz für Lohnsteuerpflichtige . . . . .	132 . . .
Reduzierungssatz für Aufwandsersatz . . . . .	29 . . .
Steuerzuschlag für Aufwandsersatz . . . . .	3 . . .
Zusammen	216 Millionen

Diese Erträge sollen wie schon bisher ausschließlich dem Reich zustehen.

Diese Steuererhöhungen begegnen schwereren Bedenken. Es ist zwar zu begrüßen, daß die Abgabe der Aufwandsersatz von 2% auf 6 Prozent erhöht worden ist - also in demselben Ausmaß wie die Abgabe der Selbstbedienten -, aber gegenüber der früheren 4prozentigen Aufwandsersatzsteuer ist das doch eine sehr unbillige Behandlung. Vor allem aber erscheint es uns erforderlich, daß die Einkommen über 8000 Mark zu einem höheren Zuschlag als bisher herangezogen werden. Nachdem bei den Beamtengehältern 6 Prozent gekürzt werden sollen, ist nicht einzusehen, warum nicht der Steuerzuschlag für höhere Einkommen wenigstens von 5 Prozent auf 10 Prozent heraufgesetzt wird. Angesichts der schweren finanziellen Bedrängnis, in der sich insbesondere die Gemeinden befinden, halten wir es nicht für vertretbar, daß an dieser Möglichkeit zur Beschaffung neuer Einnahmen vorübergegangen wird.

# Wieder ein Fehlbehalt der Nazis

Ein nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter behauptete in einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag, der Vorsitzende der 1. Großen Strafkammer des Landgerichts II in Berlin habe öffentlich erklärt, daß ihn die Schöffen in der Angelegenheit des Studienrats Dr. Toppelmann (Verleumdungsklage des Abgeordneten Gehring) überfordert hätten. Der Angeklagte künfte hierzu die Bemerkung, es habe bisher als eins der schwersten Vergehen eines Richters gegolten, wenn er Angelegheiten der Urteilsberatung der Öffentlichkeit preisgab. Das Staatsministerium wurde nach dem Wortlaut der Vorliegenden gefragt, ferner, welche Schritte das Justizministerium gegen den Vorstehenden unternommen habe, es bereit sei, ein Strafverfahren gegen den Richter einzuleiten und ihn aus dem Justizdienst zu entfernen. Der Preussische Justizminister beantwortete die Anfrage folgendermaßen:

Der Angriff in der Frage gegen das Urteil des Landgerichts II Berlin hat der Vorstehende in einer Zuschrift an die "Reinische Zeitung" darzulegen hingewiesen, daß die großen Strafkammern mit drei Berufs- und zwei Laienrichtern, insgesamt also mit fünf Richtern bestetzt sind und daß der Angeklagte freigesprochen werden mußte, wenn nicht mindestens vier von diesen fünf Richtern für Berufung seien. Dagegen hat der Vorstehende nicht erklärt, daß ihn die Schöffen überfordert hätten, vielmehr in der Zuschrift ausdrücklich betont, daß ihm die richterliche Schweigepflicht jede Mitteilung über das Zustandekommen mit 3 Berufs- und 2 Laienrichtern, insgesamt also fünf Richtern in Koblenz zu verlagern pflichtig, wenn die Schöffen von der Natur der Berufsrichter abweichen könnten. Die gestellten Fragen werden dahin beantwortet: 1) Der Vorsitzende ist Landgerichtsdirektor Walter, zu 2) Es sind

weiterer Schritte gegen ihn unternommen, zu 3) die Verleitung eines Strafverfahrens gegen den Vorsitzenden keine Anbahnung vor. Der Minister lehnt die Zustimmung des gerichtsdirektor Walter aus dem Justizdienst zu entfernen, falls dieser seiner Antwort selbstverständlich ab.

# Nazi-Neublatt verboten

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: nationalsozialistische Tageszeitung "Der Angriff" wird Wirkung vom Montag ab auf die Dauer einer Woche bis einschließlich 17. November verboten, weil der Artikel "Hilfen für Jüdische" in Nr. 94 des Blattes vom 8. November eine strafbare ausdrückliche Billigung der gegen den Berliner Polizeipräsidenten begangenen Gewalttätigkeiten enthält.

# Feiger Noheitsakt der Nazis

Weshalb eine feige Schützigkeit: 30 bewaffnete Nazis 2 wehrlose Opfer

Berlin, 10. November. (Eigener Drahtbericht). Ein etwa dreißig Mann starker Trupp Nationalsozialisten durchzog die Ortschaft Barthausen an der Elbe machte vor dem Hause eines jüdischen Schlächtermeisters provozierte hier durch Rufe. Die beiden Söhne des Schlächtermeisters kamen ahnungslos heraus und wurden auf Kommando hin von den Nazis mit Stöcken und Schlägen blutig geschlagen. Einem der beiden Betroffenen brachte man mit einem Messer schwere Verletzungen bei, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Nach vollbrachten Mordtaten flüchteten die Täter, von denen zwei jedoch gestellt werden konnten.

# Die Opposition der Friedensgesellschaft organisiert sich

Senatspräsident Freymuth und seine Freunde in der Deutscher Friedensgesellschaft sind am Sonntag einen Aufruf zur Gründung eines neuen Friedensbundes. Aus dem Aufruf geht hervor, daß neben der Deutschen Friedensgesellschaft noch eine zweite Organisation pazifistische Gedankengänge vertreten soll. Der Aufruf ruft sich unter anderem darauf, daß auch Professor Lüdke dem neu gegründeten Friedensbund, dessen Name noch nicht gültig feststeht, angeschlossen habe.

# Hoese bei Briand

Paris, 10. November. (Eig. Drahtbericht)

Der deutsche Botschafter von Hoese hat am Montag eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand. Seit dem Besuch von mehreren Ausgesandten mit den verschiedensten amtlichen Persönlichkeiten vorangegangenen Vorgesprächen hat die Unterhaltung bezogen, wird von beiden streng geheim gehalten. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen zu wissen, daß Briand den Wunsch gehabt habe, dem Botschafter über die augenblickliche Lage in Deutschland und die akuten Probleme der deutschen Außenpolitik zu unterhalten, im Hinblick auf die im Laufe der nächsten Tage im Rahmen der parlamentarischen Debatte in der Kammer zu halten beabsichtigt.

Paris, 11. November. (Eig. Drahtbericht)

Die am Montag stattgefundenen Unterredungen zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoese und dem französischen Außenminister Briand im "Café de Paris" behauptet, vor allem die Frage der Durchführung des Quinquennals nach der mehrfach geforderten militärischen Gleichberechtigung zwischen Deutschland und Frankreich zu verfolgen. Der Reichsanwalt Brüning habe die Absicht, sofort bei der Durchführung der Finanzsanierung das im Vorplan vorgesehene Memorandum in Hinblick auf die Hoffnungen, daß das dann einzuuberichtigende Verständigenkomitee erneut die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen werde. Was die militärischen Forderungen Deutschlands angeht, so seien sie auf nichts Geringeres hinaus als auf Gleichheit in den Heeresrüstungen sowie Aufhebung der militärischen Besatzungszone oder Schaffung einer demilitarisierten Zone auf französischer Seite im Elsaß. Der Botschafter gegen diese angeblichen Forderungen Deutschlands mit aller ihm zur Verfügung stehenden Entschlossenheit protestiert, vertritt sich von selbst. Er hält es für notwendig, zu betonen, daß Briand aufs Schärfste im Hinblick auf Frankreichs Übermacht war.

# Laxin Das ideale Abführ-Konfer

# Die hölzernen Strenge

von Roland Dorgelès

Berechtigter Übersetzung von "Les Croix de bois"

durch Tony Kellen und Ewald Mittel

Copyright by Roman-Berlag L.G. Bonn-Siegen

Er ging weiter. Ein paar Minuten später lag er wieder flach auf dem Boden. Er hatte keine Kraft mehr. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen.

Mit einem Mal begannen die Schüsse wieder, einige kamen näher als die anderen. Er hatte keine Kraft mehr. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen.

Da sah er die Gestalt eines Kameraden vor sich. Der Mann war verwundet und lag auf dem Boden. Er wollte sich erheben, aber er konnte nicht. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen.

"Von der dritten Kompanie... 34 siehe Herr Kapitän Stenakis für die Feldwache... 34 was ist... In diesem Augenblick kam eine Stimme von oben: 'Kein Scherz, bewegt sich nicht... Der Kapitän rief laut: 'Schweig, fertig machen zum Galoppieren. Links vom dem Straßener... Right on!... Weiter!' Ein jähes Krachen ließ die Stenakis Gilbert. Er hatte die ganze Zeit lang den Kopf zwischen den Händen gehalten. Er sah sie bis zu dem Baum, der quer auf der Straße lag, hob er den Kopf und sagte: 'Das ist der Straßener, indem er sich wieder hob. Die Felleinzelne war auf ihm.'"

Gilbert beugte sich vor. In der Finsternis konnte er den Schaft nach oben erkennen, ein großes, verfallenes Gebäude mit vielen zerbrochenen Fenstern. Er hatte die ganze Zeit lang den Kopf zwischen den Händen gehalten. Er sah sie bis zu dem Baum, der quer auf der Straße lag, hob er den Kopf und sagte: 'Das ist der Straßener, indem er sich wieder hob. Die Felleinzelne war auf ihm.'"

Das war der dritte... Ein Mann war verwundet und lag auf dem Boden. Er wollte sich erheben, aber er konnte nicht. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen.

"Hört nur", murmelte der Korporal, "die werden nicht auf dem Feld stehen lassen." "Haben sie auch angegriffen?" "Ja, die Telegraphenstangen an der Bahn und das Schloß. Seit zwei Stunden schießen wir dahin... Die Kugeln schlugen die Schweine nicht hierher."

Sie gingen ausgeschwärmt mit ein paar Schritten vor. Einer von ihnen, ein langer Mann, ging tief gebeugt ein Feldarbeiter. Gilbert ging voraus. Vom Kammer her kam ein dumpfes Geräusch die Dunkelheit; dort wurde es dann ging es ins Unbekannte. Sie machten hundert Schritte, knieten nieder, geprengt über das Feld, gingen weiter. Der Korporal sah die Spitze seines Bajonetts in eine schwarze Gestalt. Ganz dicht dabei. "Ruhig... eine Garde."

Sie gingen weiter. Ein Mann war verwundet und lag auf dem Boden. Er wollte sich erheben, aber er konnte nicht. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen. Er lag da wie ein toter Hund. Die Kugeln hatten sich in seinen Brustkorb eingeschlagen.

# Gründung der Staatspartei

Hannover, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Die am Sonnabend erfolgte Auflösung der parlamentarischen Partei fand am Sonntag der Parteitag der Deutschen Staatspartei statt. Die grundlegenden Referate hielten Reichstagsabgeordnete Dr. Dietrich und Dr. Windschuh. Dietrich wies auf die Notwendigkeit hin, dass in diesem Reichstag eine neue Partei für den heutigen Staat und seine Verfassung bestimme, die für den heutigen Staat und seine Verfassung bestimme, die für den heutigen Staat und seine Verfassung bestimme.

Die neue Partei solle die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten und die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Sie solle die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten und die wirtschaftliche Entwicklung fördern. Sie solle die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten und die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

Die Parteitag wurde durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Dietrich eröffnet. Er sprach über die Notwendigkeit einer neuen Partei, die die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten und die wirtschaftliche Entwicklung fördern solle.

Die Parteitag wurde durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Dietrich eröffnet. Er sprach über die Notwendigkeit einer neuen Partei, die die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten und die wirtschaftliche Entwicklung fördern solle.

Die Parteitag wurde durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Dietrich eröffnet. Er sprach über die Notwendigkeit einer neuen Partei, die die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten und die wirtschaftliche Entwicklung fördern solle.

# Thüringen muß weiter warten

Die Reichsregierung hat die Forderung der Thüringer Abgeordneten, die Sperrung der Polizeikostenzuschüsse zu beseitigen, zurückgewiesen. Die Thüringer Abgeordneten sind damit gezwungen, weiter zu warten.

# Naziberleumdungen über einen unbequemen Beamten

In der nationalsozialistischen Presse wird seit einiger Zeit der Berliner Polizeivizepräsident Dr. Weiß verdächtigt, er habe sich in bestimmten Fällen bei seinen dienstlichen Entscheidungen von anderen als sachlichen Erwägungen bestimmen lassen.

# Börsenpanik in Paris

Zur Anfnahme an den Krach der Bank Duxtric. Der achtstägige Waffenzustand, der bis zur Diskussion der Interpellationen über den Börsenkrach Duxtric noch zur Verfügung steht, soll von der Regierung augenblicklich einzig zu Haufe-Manövern benutzt werden.

# Wach mir den Pelz, aber mach mich nicht naß

Zur Lösung der Duxtric-Krise hat der Finanzminister Reynaud der Regierung in ihrem Ministerrat am Montag nichts Besseres vorzuschlagen gemocht, als zwei Gesekentwürfe über die Reglementierung der Holding-Gesellschaft und den Schutz der Obligationäre.

# Sozialistischer Wahlerfolg in Genf

Bei den Kantonsratswahlen in Genf, 11. November. (Eigener Funkbericht.) Bei den durch die Schaffung der Stadt Groß-Genf notwendig gewordenen Wahlen zum großen Rat des Kantons Genf erzielten die Sozialisten einen bemerkenswerten Erfolg.

# Aufhebung des Einwanderungsverbots nach Palästina

London, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Regierung hat das zeitweilige Verbot der jüdischen Einwanderung nach Palästina aufgehoben.

# Verbot einer deutschen Naziberammlung in Prag

Prag, 10. November. (Eigener Funkbericht.) Deutsche nationalsozialistische Studenten in Prag wollen am Sonnabend im Rahmen einer Propagandawoche eine Versammlung im 'Deutschen Haus' abhalten.

# Stahlhelm und Faschisten Arm in Arm

Wieder ist eine Gruppe von Stahlhelmlieutenants nach Rom zu Besuch gekommen. Diesmal aber in ganz offizieller Form, um die faschistischen Organisationen und Einrichtungen zu studieren.

# Genosse Liebermann in Lebensgefahr

Warschau, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Schon vor ein paar Wochen war ein Gerücht im Umlauf, daß zwei der verhafteten Abgeordneten nicht lebend aus dem Gefängnis von Best-Liozyl zurückkehren werden.

# Attentat auf einen Sozialdemokraten

In Odruschichte (Südbulgarien) wurde auf den sozialistischen Gemeinderat Iwan Dimitroff ein Anschlag verübt. Als sich Dimitroff aus einer Gemeinderats-sitzung, die sich länger ausgedehnt hatte, am späten Abend nach Hause begab, wurden aus dem Hinterhalte mehrere Revolverkugeln auf ihn abgegeben.

# Kommunalwahlen in Bulgarien

Niederlage der Regierungspartei. Sofia, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden letzten Sonntage waren in Bulgarien Wahl-tage. Im vorletzten Sonntag fanden in zahlreichen Dörfern und Städten Gemeindevahlen und gestern im ganzen Lande Kreiswahlen statt.

# Hoover will es für die Arbeitslosen tun

Washington, 10. November. (Eigener Funkbericht.) Präsident Hoover erklärte sich bereit, in der Dezember-session des Bundestongresses größere Hilfsfonds für die Arbeitslosen anzufordern.

# Gegen die Diktatur in Argentinien

Buenos Aires, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Unabhängige Sozialistische Partei Argentiniens, die bei den letzten Wahlen in der Hauptstadt die Stimmenmehrheit eroberte, beschloß die Verschmelzung mit der Nationaldemokratischen Föderation.

# China und die Exterritorialität der Ausländer

Der Außenminister der chinesischen Republik, Wang, erklärte am Freitag bei einem Presseempfang, nachdem ihm die Autorität der Regierung genügend gefestigt sei, gebe es für sie keine wichtigere Aufgabe als die Frage der Exterritorialität der Ausländer.

Waffenhand	
	11.11.10.11
Waffen	3.00
Waffen (Geld)	+0.21
Waffen (Wol-Fogel)	3.55
Waffen (Wol-Fogel)	3.55
Waffen (Wol-Fogel)	3.55
Waffen (Wol-Fogel)	3.55
Waffen (Wol-Fogel)	3.55

### Prozesse ums tägliche Brot

#### Wenn man einunddreißig Jahre gearbeitet hat ist man reif zur Entlassung

Mit dreißig Jahren begann Fräulein Sch. ihre Angestellten-tätigkeit bei dem Barenhause Barasch, im Alter von vierundfünfzig Jahren, also nach einunddreißigjähriger Tätigkeit, erhielt sie den gefürchteten „blauen Brief“, in dem ihr höflich mitgeteilt wurde, daß man ab 31. März 1931 auf ihre Dienste verzichte. Fräulein Sch. hatte es in ihrer Laufbahn bis zur Einkäuferin mit einem monatlichen Gehalt von 425 Mark gebracht. Natürlich gehörte sie keiner Gewerkschaft an, im blinden Vertrauen, auf Grund ihrer jahrzehntelangen Beschäftigung eine „geschätzte Existenz“ zu besitzen und somit die Hilfe der Gewerkschaften entbehren zu können, steht sie nun allein vor dem Arbeitsgericht, um ihre Klage auf Weiterbeschäftigung auf Grund des Paragrafen des Betriebsratgesetzes zu vertreten. Die besagte Firma hat einen Syndikus mit ihrer Vertretung beauftragt, der Fräulein Sch. großzügig zwei Monatsgehälter also als Abfindung für einunddreißigjährige Tätigkeit anbot. Um sich aber vor der Verurteilung zur Zahlung eines sich auf der Grundlage des § 87 des Betriebsratgesetzes zu erreichenden Betrages von vornherein zu sichern, hat man plötzlich gefunden, daß Fräulein Sch. sich eigentlich zu ihrer Arbeit nicht mehr recht geeignet habe, daß ihr Fehler unterliegen usw.

Fräulein Sch. ist dem Redefluß des Syndikus natürlich nicht gewillig; ihr einziger Wunsch ist der, nicht entlassen zu werden, in dem Bewußtsein, eine andere Stellung nie mehr zu bekommen. Das Gericht, ohne die Notwendigkeit der Entlassung näher zu prüfen, und ohne der an diesem Ort ob ihrer rigorosen Abbaumassnahmen bekannte Firma Vorhaltungen zu machen, versuchte mit desto größerem Fleiß die Klägerin zur Annahme des Vergleiches zu bewegen, indes es in Aussicht stellte, daß sie bei einer Urteilsfällung schließlich ganz leer ausgehen könne. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß die in arbeitsrechtlichen Fragen unerfahrenen Klägerin auf den Vorschlag des Arbeitgebervertreters endlich eingiebt, sich außergerichtlich zu einigen. Ueber das Ergebnis dieser „Einigung“ braucht man nicht berichten. Sehr ansehnlich aber erscheint es, daß auch in diesem Falle sich das Arbeitsgericht dazu hergab, im Wege der Vergleichsvermittlung dem Arbeitgeber den Rücken zu steifen.

### Neue Arbeitsrichter werden ernannt

Die Amtsdauer der Richter der Arbeitsgerichte und Landes-arbeitsgerichte endet am 31. Dezember 1930. Gemäß §§ 20 und 37 des Arbeitsgerichtsgesetzes werden die Arbeitsrichter (Richter) für die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte von dem Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Landgerichts, bei dem das dem Arbeitsgericht übergeordnete Land-arbeitsgericht errichtet ist, auf die Dauer von 3 Jahren be- rufen. Die Arbeitsrichter sind nach dem Wortlaut des Gesetzes

in angemessenen Verhältnis unter billiger Berücksichtigung der Vorkenntnisse aus den Vorschlagslisten zu entnehmen, die von den in Gerichtsbezirk bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. von öffentlich-rechtlichen Körperschaften ein- gereicht werden. Die Aufforderung des Regierungspräsidenten in Breslau zur Einreichung von entsprechenden Vorschlagslisten ist im Amtsblatt der Regierung Breslau veröffentlicht.

### „Sie hat ja der Esel im Galopp verloren“

und „Sie haben nur leiter Sch... im Gehirn“, sagte Herr Artur Deiter, Inhaber der bekannten Breslauer Zigarren- fabrik, im Verlauf einer Auseinandersetzung zu seinem An- gestellten Müller. Der also Charakterisierte gab auf diese Liebenswürdigkeiten die einzig richtige Antwort: er ging nach Hause und blieb dem Dienst fern. Vor dem Arbeitsgericht, wo Herr M. inzwilchen Klage auf Zahlung von drei Monats- gehältern bis zum Ende der Kündigungsfrist sowie Bezahlung des zu gewährenden Urlaubs erhoben hatte, lagen sie sich nun wieder. Herr Deiter gibt zu, die beleidigenden Worte am 26. Juni 1930 gebraucht zu haben. Da Angestellten selbst- verständlich nicht gemeldet werden kann, in einem Betriebe zu arbeiten, dessen Inhaber im Verkehr mit ihnen diesen Umgang- ton anschlägt, wird Herr Deiter im ersten Termin zur Bezahlung des tariflich zu gewährenden Urlaubs verurteilt.

Zum Streit kommt es nun bei der Verhandlung über die Bezahlung der in der Klage geforderten drei Monats- gehälter für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1930, in Höhe von 453,63 Mark, die nur unter Zugrundelegung einer sechsmonatlichen Kündigungsfrist gefordert werden können. Der Kläger behauptet, eine Kündigungsfrist — nach einer bereits am 31. Dezember 1929 ausgesprochenen, aber wieder zurück- gezogenen Kündigung — für die nun folgende Zeit nichts mehr vereinbart worden sei, so daß also die gesetzliche Kündigungsfrist in Kraft treten würde. Herr Deiter berief sich dagegen auf eine in Gegenwart seines Sohnes stattgefundene Unterredung, in der Herr M. seine Einwilligung zur monat- lichen Kündigung gegeben haben soll; demzufolge er nur zur Zahlung eines Monatsgehältes in Höhe von 143,23 Mark verpflichtet sei. Deiter war auch während der Verhandlung sehr aufgeregt. Zur Klärung dieser Frage beantragt der deut- sch-nationale Gewerkschaftsvertreter die Vereidigung des an der Be- sprechung zugegen gewesenen Herrn Deiter jun., worauf dieser schwört bei Gott dem Allmächtigen, daß die Unterredung in diesem Sinne stattgefunden habe. Auf diese Aussage hin er- mächtigt der Verhandlungsleiter des Angestellten seine Forderung auf einen Monatsgehalt, zuzüglich einer Entschädigung von 10 Mark für die sonst allmonatlich gelieferten Zigarren. Aber auch das ist Herr Deiter noch zuviel, er will auf das Monats- gehalt noch die Entschädigung von 56 Mark für nicht gewährten Urlaub in Anrechnung gebracht wissen, will auch die geforderten Zigarren nicht liefern, um nicht — mit den Zollbehörden in Konflikt zu kommen und sich strafbar zu machen.

Das Urteil erkennt aber auf Zahlung von 153,23 Mark. In der Begründung führte der Vorsitzende an, daß die Zigarren ja nicht in natura zu liefern brauche, sondern sein Gewissen nicht zu belasten, den Wert der Zigarren vergüten könne.

### Ich schwöre

War da die Hausfrau M. von dem (Schwager) engagiert worden um der Frau des Hauses ein altes (Haus) modernisieren. Dabei kamen die Beiden in Streit, ob (Schwager) worden war, einen oder zwei Tage zu kommen. (Hausfrau) ist die Schneiderin nur einen Tag, für den zweiten Tag (Schwager) sie nun vor dem Arbeitsgericht um Bezahlung. Die (Hausfrau) die getroffene mündliche Vereinbarung zu (Schwager) daher ein neuer Termin anberaumt und eine Eidesleistung die (Hausfrau) des Beklagten festgelegt. So wurde (Hausfrau) diesen einen Arbeitstag der Herrgott zitiert und unter (Hausfrau) auf seine Allmacht geschworen, daß die Schneiderin nur für (Hausfrau) Tag bestellt worden sei. Mit dieser Eidesleistung war (Hausfrau) entlassen und die Klägerin abgewiesen. Hinterher (Hausfrau) die Klägerin verglichen, worauf ihr der Vorsitzende (Hausfrau) mußte, daß sich an dem Urteil nun nichts mehr ändern

### Bemischtes

#### Die Moral der Pariser wird gehoben

Der Polizeipräsident von Paris hat die Vorschriften erlassen, die neben einer gewissen (Hausfrau) große Heiterkeit erregt haben. Den Pariser (Hausfrau) von nun an das Spaziergehen in den Promenaden Bois de Boulogne und im Waldchen von (Hausfrau) cennes im Sommer nur noch von 5 Uhr bis (Hausfrau) im Winter von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends (Hausfrau) Spaziergang, möglicherweise, denn Automobile dürfen (Hausfrau) diesen erlaubten Zeiten in den stillen (Hausfrau) nicht (Hausfrau) sich dies nach amerikanischem Muster stark eingebürgert (Hausfrau) Besonderen Zorn erregt jedoch die Verfügung, nach der (Hausfrau) Musikern und Singen verboten wird. Das Verbot (Hausfrau) Grammophon im Walde zum Picnic spielen zu lassen, (Hausfrau) zu blasen, im Chor zu singen oder die Trommel zu (Hausfrau) nunmehr unterjagt, ebenso das vollkommen laulose (Hausfrau)

#### 80 000 Mark Wochengehalt

Maurice Chevalier, der berühmte französische (Hausfrau) und Filmstar ist nun einer Londoner Bühne engagiert (Hausfrau) Er erhält 80 000 Mark wöchentlich, die höchste Gage, die (Hausfrau) ein Londoner Theater gezahlt hat.

### Sonntags-Anzeigen

Am Sonntag, dem 9. November, verstarb die Frau unseres Kollegen **Schiel**  
**Frau Elisabeth Schiel**  
im Alter von 50 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Bekannten der Frau. Beerdigungsbefehle des **Fahr- u. Inskn. Personals der Stadt Straßburg.**  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2,3 Uhr, von der Leichenhalle 1, Ostwäzler Friedhof 487

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer geliebten Mutter sage ich auf diesem Wege allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Bürgerpersonal H. Hüb., dem Gestorben Kleingärtner-Verein „Strehlerkerker“, dem Reichs-Klein- wirtsverein, Gruppe Borsdorf-Ost, der S. P. D. und D. D. H. W. der 1. Ma. K. G. Breslau 1929, dem Wirt und den Meinen der Hanser Löschstraße 29 und dem Herrn Pastor Meyer-Friedrich meinen herzlichsten Dank.  
**Alexis Grammer, als Gatte und Heiler.**

**Zuckerkrank**  
Wie Sie Ihren Zucker los und wieder arbeitfähig werden, wie ich jeden Kranken monatlich mit.  
**Fr. Lww. Waldorf F. 50 (Hessen).**

**Für Baumeister, Architekten**  
technische Papiere.  
**Alle Sorten Zeichenpapier**  
Entwerfpapier, Millimeter- u. Feinpapier  
**Reißzeuge, Reißbretter, Rechenmaschinen**  
und alle übrigen Zeichenwerkzeuge im Fachgeschäft  
**Lessing & Pohl, Breslau 1**  
Technische Straße 29/31 — Fernruf 596/22

**VOLKSWACHT**  
BRESLAU 2 an Nordstraße Nr. 46

**In jedes Haus ein Atlas**  
Volkswachtbuchhandlungen Breslau

**Stadttheater**  
Breslau 2,5 bis 2,25 Mr.  
Schauspiels-Saal A 6  
**Neues vom Tage**  
Breslau 2,25 bis 2,00 Mr.  
Schauspiels-Saal B 6  
**Die Fledermans**  
Schauspiel, 2,5 bis 2,25 Mr.  
Schauspiels-Saal, D 6  
In Residenztheater:  
**Da Traviata**

**Oper-Theater**  
Telefon 567 47  
Breslau 2,50 bis 2,25 Mr.  
**Leander Hummel**  
Tisch 2,5 bis 2,25 Mr.  
**Die Nibelungen von Lohengrin**  
Schauspiel, a. Friedrich Wolf  
**Oper-Theater**  
Tisch 2,5 bis 2,25 Mr.  
**Was kann die Oper**  
Schauspiel, von Richard Strauss  
besetzt a. Siegfried Trieblich

**Schauspielhaus**  
Tisch 3 Mr.  
Gesellschaft  
**Serge Kranic**  
Liederabend  
**ZAREWITSCH**  
Breslau, a. S. 4 Mr.  
Schauspiel, 2 Mr.  
**Blond und Gelb**  
Schauspiel, 4 Mr.  
Im Land des Lichts

**LIEBICH**  
Breslau, a. S. 4 Mr.  
Schauspiel, 2 Mr.  
**Blond und Gelb**  
Schauspiel, 4 Mr.  
Im Land des Lichts  
**Bobbe Lind**  
Komik des beliebigen  
wöchentlichen Programms  
**Tägl. 2 x 40**  
Einspielung 2,50-2,00  
Nachm.: 2,00-1,50  
und Volldrogramm

In dieser Woche:

# Reste

morgen:

Kleines Quantum kleine taugliche **Fattertrikot-Reste** nur zum Ausbessern von Damen- und Kinder-Schleppern usw. **5** Stück für Stück

1899 Compass **Valencienne-Pappenspitzen** in Stücken von 4 Metern, sehr weiche Spitze, bis 3 cm breit, Stück = 4 Meter **12**

Hand- und reinwische **Wischtücher** Größe 60-65 und 60-70 cm, weiß-rot und weiß-klar karoliert, ganz gute, weiche Qualität, durchweg Stück **48**

An einem Fabrikgesponsen ca. 500 Stück ganz gute Halbtuchqualität, z. T. gelb u. gelb, in Größe 45-100 bis 125 cm lang, z. Anmachen! durchw. Stück **68**

Nur in 120/160 cm Größe 1 Quantum ganz vorzügliche **Samst-Tafeltücher** schwebend gefaltet, in Blauschwarz-Blau, teilweise mit wunderbarsten bunten wasserfesten Zeichnungen durchweg Stück **235**



**Lebensbilder** — erzählt von Willy Cohn — **Willy Cohn**  
Buchhandlung Volkswacht-Buchhandlung

**WAPPENHOF**  
Heute Dienstag  
ab 4 Uhr sowie täglich (auß. Sonnabend)  
**Große Nachmittags-Vorstellung**  
mit dem mit größtem Beifall aufgenommenen  
1. November-Programm  
Eintritt: Einheitspreis 30 Pf. — Ab 3 Uhr:  
**Abendvorstellung mit Ball**  
2 Kapellen — Eintritt einschl. Ball 50 Pf.

**Lebensbilder** erzählt von Willy Cohn  
**Robert Owen**  
Preis 70 Pfennige  
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Reißezeit 4690  
**Frau-Urania**  
Kleid- u. Smoking- Auszüge, Klapphüte  
**Pätzold**  
Schneidemeister  
**Sonntags 7/9.**  
12 Monatshefte und 4 Bücher  
**Der Proletarische Kosmos**  
In jeder auch die Schicksale der Welt und die Zukunft der Menschheit  
Preis pro Heft 12 Pf.

# Schlag auf Schlag

erschienen in diesen Tagen drei Massenbroschüren zum Kampf gegen die Katastrophenpolitiker:

1. Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. W. Hoegner vom 18. Oktober 1930  
**Der Volksbetrug der Nationalsozialisten**  
Mark 0,20
2. Adolf Schlucks. Eine Materialsammlung  
**Kampf dem Faschismus**  
Mark 0,20
3. Fritz Naphtali  
**Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit**  
Mark 0,20

Zu beziehen auch bei  
**Volkswacht-Buchhandlung**  
Neue Gruppenstraße 5 / Flurstraße 4 / Friedrich-Wilhelm-Straße 10

**Auch die kleinsten Pelzwaren** werden erstklassig sehr billig angeboten  
**Pelz-Niederlagen** Keine Lederwaren  
**Wohnungsinventar** Große helle 1. Stock- helle 2. Stock- Stuben- Beigelaß, Westen- Hausbereinigung, Solche auch etwas billiger Bereinigung, Ober- u. a. d. Volkswacht-Buchhandlung, Friedrich-Wilhelm-Straße 10

Breslauer Nachrichten

Soll den Allerärmsten nicht geholfen werden?

Die Breslauer Industrie- und Handelskammer gegen den Stadtverordnetenbeschluss... Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag...

Ein Ozeanflieger spricht...

Am Sonntag abend führte die Schiffsgruppe des Luftfahrtverbandes im Breslauer Konzerthaus eine Veranstaltung durch...

Am Sonntag bemerkte man in dem sehr großen Saal auf dem Podium platzierte Kapelle des 7. Reiterregiments...

Am Sonntag bemerkte man in dem sehr großen Saal auf dem Podium platzierte Kapelle des 7. Reiterregiments...

Am Sonntag bemerkte man in dem sehr großen Saal auf dem Podium platzierte Kapelle des 7. Reiterregiments...

Um die Arbeitslosen-Unterstützung

Vor der Spruchkammer der Arbeitslosen-Versicherung

Kämpfe um wenige Pfennige Unterstützung, von denen der Laie kaum etwas hört - Die verschiedensten Gründe für den Entzug der Arbeitslosen-Unterstützung - Einspruch gegen ungerechte Maßnahmen der Arbeitsämter

In eine üble Lage war der Fortgehilfe F. geraten, als er im Januar dieses Jahres seine Stellung wegen Nervenzusammenbruchs aufgeben mußte...

Wesentlich anders lag der Fall des 37 Jahre alten Grubensteigers J., der in den Jahren 1920 bis 1925 Grubensteiger in Oberschlesien war...

Weniger günstig lag die Klage der 24 Jahre alten Büroangestellten Fräulein B. aus Kreuzburg. Sie wurde im April dieses Jahres entlassen...

Aufhebung der Sperrfrist für Gewährung der Arbeitslosenunterstützung verlangte die Büroangestellte Fräulein J. Sie hatte ihre Stellung am 31. August vorigen Jahres wegen Herzkrankheit selbst aufgegeben...

Um die Meldepflicht handelte es sich in dem Berufungsverfahren eines Wirtschaftsjüngerling. Wegen ungebührlichen Benehmens war er mit einer Geldstrafe belegt worden...

Im Berufungsverfahren erlangte der Kläger einen Teilerfolg. Die Ordnungsstrafe wurde aufgehoben, denn es konnte keine Auskunft darüber gegeben werden...

Sind keine Kommunisten im Land

weil die „Arbeiter-Zeitung“ nichts zu berichten

Am Sonntag fanden bekanntlich die Wahlen in Oesterreich statt, über die gestern alle Tageszeitungen berichteten...

Ein technischer Fehler

In einem Teil der gestrigen Auflage fehlt in dem Bericht über die Sonntags-Rundgebung der Partei der Name des einen Redners...

Zumult im Gerichtssaal

als ein Angeklagter verurteilt wurde

Wie schon häufiger, kam es auch am Sonnabend mittag im Gerichtssaal wieder einmal zu einem erregten Auftritt eines Angeklagten...

Auf freier Zeit erlappst

als man ein Auto kaufen wollte

Sonntag abend machten sich zwei Männer aus der Sodomastraße an ein vor dem Café Vaterland stehendes Personenauto heran...

Eine Gastwirtschaft angedrängt

und dabei reiche Beute gemacht

In der Nacht zu Montag drangen unbemerkte Eindringler in eine Schankwirtschaft in Klein-Rochern und entwendeten 5000 Stück Zigaretten...



Die Herr Schwerdtfeger - zum Antritt des neuen Jahres...

Gegen bösen Standgeruch... Ich will nicht vernehmen, Ihnen Mitteilung zu machen...



Serienpiele im Fußball für den 16. November

Reifenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.

1924 I - Gräbichen; Ritter (Gildoi)

Mannschaften: Silesia IV; Stadion; Gerlach

Schülermannschaften: Sturm I - West II; Maria-Höfchen; Verein

Gesellschaftsspiele: Stern II - Osmik II; Gräbichen; Baum

Jugendmannschaften: Silesia-Riders I - West I; Stadion; Lananer

Freie Turnerschaft Breslau E. B.

Wasserport: Freie Rudervereinigung Breslau, e. B.

Lourentzverein 'Die Naturfreunde'

Arbeiter-Angler-Verein Breslau e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

Arbeiter-Angler-Verein e. B.

In Schlesien ist der Revolutionstag durchweg ruhig verlaufen...

So auch in Waldenburg, wo Partei und freie Gewerkschaften gemeinsam aufzuziehen hatten.

Trotz ungünstiger Witterung sah auch Hirschberg eine eindrucksvolle Demonstration...

In Oberschlesien fanden ebenfalls, den dortigen leider ja noch schwachen Organisationsverhältnissen entsprechend...

Wegen Beleidigung der Reichswehr hatte sich der Nazi-Kaufmann Richard Kerner aus Waldenburg eine Anklage zugezogen.

Der Bürgermeister darf nicht beleidigt werden

Dieser Tage wurde der Stadiveteranerde Grande aus Stroppen, Kreis Trebnitz...

Die Ursache dieses Prozesses ist in den wenig erfreulichen Verhältnissen der Verwaltung dieser Miniaturnacht...

Der Verteidiger des Angeklagten beauftragte die geistige und moralische Einstellung des Stroppener Bürgermeisters...

Presseprozesse in Pommern-Schlesien

Presseprozesse sind in Pommern-Schlesien seit der durch die berühmten Preßdefekte...

In einem anderen Prozess, der allerdings das Regierungsgesetz 'Polste Jahodnia' betraf...

Glogau. Der große Kommunizenzprozess. Am Mittwoch findet hier vor der Großen Strafkammer...

Landeshut. Sozialdemokratischer Stadtvorstandner tödlich verunglückt.

Hittgenberg. Bisamratten-Gefahr. Hier wurde an dem sogenannten Bahnsteig ein Bisamrattenbau festgestellt.

Siebersberg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Der Maschinengewehr Josef Freudenberger kam auf dem hiesigen Bahnhof...

Gletwitz. Nazi müssen sich umziehen. Als am Sonntag vormittag etwa 100 Nazis...

Kattowitz. Verhaftet wurde hier aus politischen Gründen der Kommandant der tschechischen Aufführungsgruppe...

Myslowitz. Hochzeit mit Hindernissen. In der Myslowitzer Pfarrkirche fand dieser Tage eine Trauung statt.

Kattowitz. Verhaftet wurde hier aus politischen Gründen der Kommandant der tschechischen Aufführungsgruppe...

Sozialdemokratische Partei Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Kattowitz. Mittwoch, den 12. November, abends 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wolf Rebner...

Breslauer Produktenbörse vom 10. November

Ämliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 10. November 1920

Table with columns for 'Tägliche Ämliche Notierungen', 'Getreide', and 'Waren'.

Table with columns for 'Ämliche Notierungen für Mühlenzergüsse'.

Table with columns for 'Devisen'.

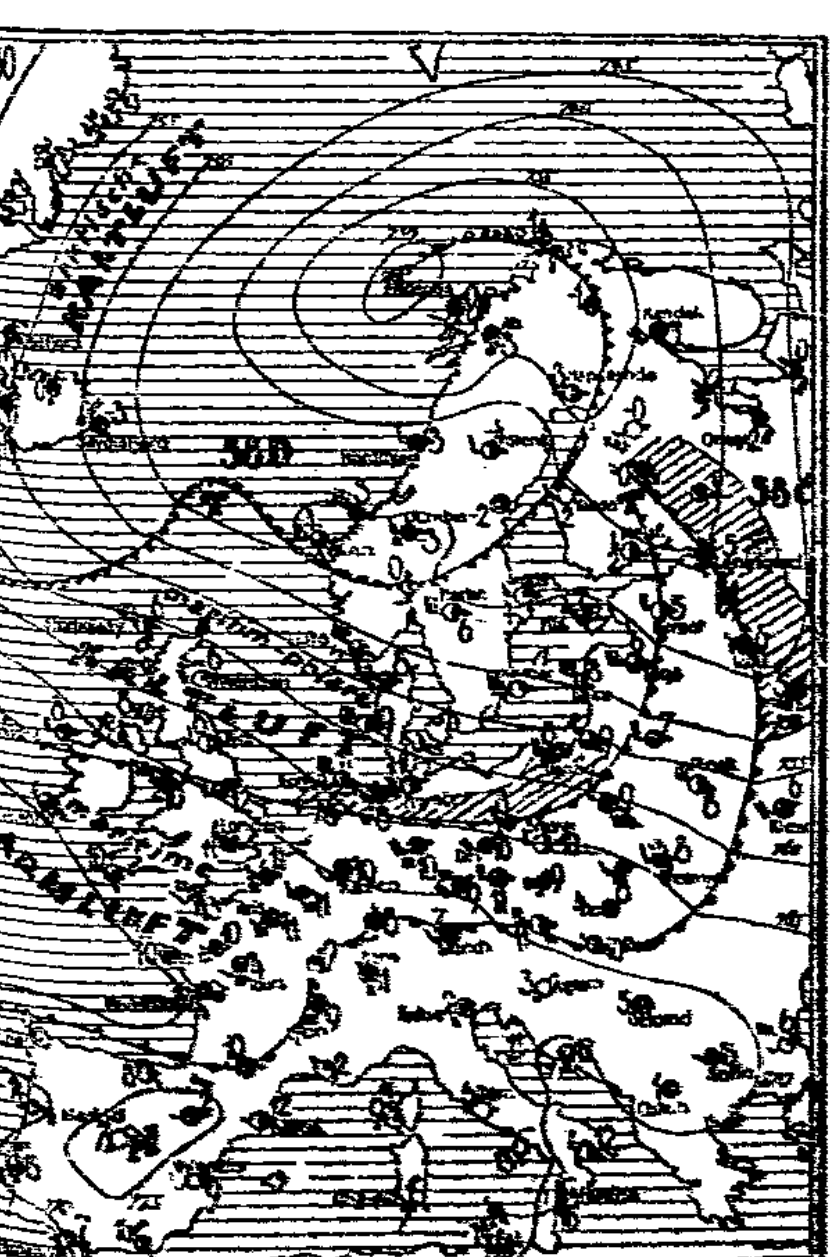
Kartoffeln (Erzeugerpreise) Spezialsorten (ein ad Erzeugerpreise) gelbe 1,30, rote 1,10, weiße 1,10

Stonette - Theater - Veranstaltungen

Städtische Philharmonie. Als nächste Veranstaltung der Schlesischen Philharmonie...

Städtische Philharmonie. Heute 20.15 Uhr im Konzertsaal der Große A. B. Kreis...

Städtische Philharmonie. Heute 20.15 Uhr im Konzertsaal der Große A. B. Kreis...



Ämlicher Wetterbericht Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kleinern

Wirtschaftliches Bauen

Ein Vortrags- und Filmabend der Bauhütte Breslau - Wirtschaftliche Betriebsführung als Problem - Organisatorische und technische Vorbildlichkeit der deutschen Bauhütten

Die Bauhütte, das bekannte, auf gewerkschaftlich-gemeinschaftlicher Grundlage beruhende gemeinwirtschaftliche Großbauunternehmen Breslauer, hatte für Montag zu einem Vortragsabend nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eingeladen.

„Wirtschaftliche Betriebsführung“

war der unzureichende Besuch selbstverständlich nicht gerade erfreulich. Die Schwierigkeiten auf dem Baumarkt sind im Augenblick so intensiv und so zahlreich, daß man einen recht weiten Kreis von Personen mit den unausweichlichsten Fragen der heutigen Bauwirtschaft betrauen möchte.

Genosse Bernert als Direktor der Bauhütte Breslauer eröffnete die Veranstaltung mit einigen Worten der Begrüßung. Das Problem der wirtschaftlichen Betriebsführung, so legte er dann einleitend dar, beschäftigt heute Arbeiter- und Unternehmer in gleichem Maße.

Starke Verbundenheit und ein lebendiges Gemeinschaftsgefühl zwischen den vielen Bauhütten in Deutschland

herzustellen. Darüber zu berichten sei niemand mehr berufen, als der Referent des Abends, als Dipl.-Ing. Kade-Berlin, unter dessen Leitung die genannte Abteilung gegenwärtig arbeite.

Der wirtschaftliche Baubetrieb

Die wirtschaftliche Gestaltung der Betriebsführung, begann Dipl.-Ing. Kade seine beachtlichen und interessanten Ausführungen, ist heute eine Lebensnotwendigkeit für jedes Bauunternehmen. Die Preise für die Durchführung eines Bauprojektes sinken fortgesetzt.

Zweifellos sind manche Baubetriebe organisatorisch nicht auf der Höhe. Sie müssen grundlegend umgeplant werden, wenn ein besseres Arbeitsergebnis erzielbar und das Chaos innerhalb des Unternehmens vermieden werden soll.

Der gesamte Arbeitsprozeß innerhalb des Betriebes muß klar und übersichtlich gegliedert werden, damit sich Verzäsuren vermeiden lassen.

Oberstes Gebot jedes Unternehmens kann nur die Ordnung bis ins letzte Detail sein. Ein Betrieb, in dem die verschiedenen Funktionen nicht sorgfältig verteilt sind, wird niemals den Rhythmus der Wirtschaftlichkeit annehmen können.

Jeder einzelne Baubetrieb steht unter dem Primat der Marktpreise und ist gezwungen, die wirtschaftlichen Erfüllungsstellen mit den angelegten Preisen stets in Übereinstimmung zu halten.

Nur ein Betrieb, der sich jederzeit über die Gestaltung der Untereinheiten hinsichtlich der Arbeit, des Bauvorganges und der organisatorischen Tätigkeit der Vorgesetzten und der Arbeiter einstellen kann, wird den Konkurrenzkampf auf die Dauer ertragen können.

In der Überprüfung der Arbeit kommt es vor allem auf eine Auswertung der Betriebszeiten an. Dabei wird zu untersuchen sein, ob jede einzelne Arbeitsstation notwendig ist, ob sich eine andere Reihenfolge der Arbeitsanordnungen empfiehlt, ob schneller und damit billiger gearbeitet werden kann etc.

Allerdings darf die technische Betriebsreform nicht als ein hemmungsloser Propagandafeldzug für die Maschine verstanden werden.

Bei kleinen Bauern haben Maschinen keinen Zweck. Erst von einer bestimmten Größe des Projektes an ist die Verwendung von Maschinen zu empfehlen.

Der Geschäftserfolg, der kleinen Betrieb zu beschaffen notwendig wird, beruht auf dem richtigen Preis und der richtigen Ausführung. Ein Betrieb, der seinen Unternehmern reichlich, höher und länger zu machen, Geduldi ein in sich gefälliger Betrieb wird in der Lage sein, sich zu halten, durch billige Preise der Allgemeinheit zu dienen und gleichzeitig seinen Angehörigen und Arbeitern soziale Sicherheit zu geben.

Die Betriebsreform im Stahlbau

Nicht immer erscheint es anzunehmlich, ein gewisses Thema, wenn Veränderung in einer Linie begründete Änderungen und eine schnelle Durchführung notwendiger Schritte zur Beseitigung der Schwierigkeiten der Wirtschaft zu erwarten. Mit dem Film allerdings, den die

Leitung der Bauhütte im Anschluß an den Vortrag ihren Gästen zeigte, war es möglich, umso mehr als das Manuskript des Films aus der Feder des Referenten kammt. Manches, das der kurze Einführungsbeitrag infolge der Diffizilität des Gegenstandes bei diesem oder jenem Zuhörer ganz unvermeidlich zunächst noch ungeklärt gelassen haben mochte, erfuhr zur Vertiefung des Verständnisses durch photographische Aufnahmen bereits vorliegender Arbeitsergebnisse sowie durch geschickte statistische Zusammenstellungen in diesem Film eine ergänzende Beleuchtung.

700 000 Wohnungen fehlen noch in Deutschland; mit dieser erschütternden Tatsache beginnt der Film. Die Zahl der jährlich neu erstellten Wohnungen reicht bei weitem nicht aus. Es wird zu wenig gebaut, weil die Baukosten zu hoch liegen.

Die Finanzierung ist zu teuer, von den Werkstoffen gilt dasselbe, die Planung wird zu wenig überdacht, und die Arbeitsmethoden sind veraltet.

Deshalb Rationalisierung, deshalb Prüfung der Betriebsrentabilität! Die Verlustquellen im Bauprozess müssen ausgegaltet werden!

Wie diese Reformierung des Bauwesens von Grund auf sowohl in der Neuorganisation der Büroarbeit wie auch der technischen Arbeit auf der Baustelle selbst auszuführen hat, machte der Film mit vielen Vorschlägen aus der Praxis vier großer deutscher Bauhütten - Berlin, Stettin, Leipzig, Breslau - rechtlos deutlich. An die Stelle altmodischer Ungeordnetheit im Büro treten moderne Einrichtungen, die keine Uebellichkeiten mehr dulden.

Die organisatorische und technische Rationalisierung hat im Bauwesen gerade umwälzende Wirkungen hervorgebracht.

Jedoch noch über eine weitere Tatsache gab der Film Aufschluß: über die mangelhaften Einrichtungen der deutschen Bauhütten insbesondere. Es gibt keine brauchbare einschlägige technische Kenntnis, die nicht sofort bei den Bauhütten Verwendung gefunden hätte, und es gibt wohl kaum einen Privatbetrieb, mit dem sich die Bauhütten nicht zu messen vermöchten.

Trotz des ungenügenden Besuches darf der gestrige Vortragsabend als ein harter Erfolg der Bauhüttenjahren gewertet werden. Er wird es umso mehr sein, wenn die Götze, die gekommen waren - Behördenleiter, Unternehmer Architekten, Politiker, Arbeiter - das Gehörte und Gesehene hinausgetragen und es zur weiteren Propagierung des sozialen Baugedankens bringen.

Der Ausweis der Reichsbank für die erste Novemberwoche

zeigt, daß es der Bank weiterhin gelungen ist, die schwerwiegenden Folgen der Restriktion vom 14. September zu liquidieren.

Die schon für die letzte Oktoberwoche festzustellende Erhöhung bei den Gold- und Devisenbeständen hat sich weiter fortgesetzt und zwar erhöht sich die Bestände um rund 20,5 Millionen Mark. Die Erhöhung entspricht dadurch auf die Devisenbestände, die sich um 20,7 Millionen Mark auf 219,2 Millionen Mark erhöhten. Bei den Goldbeständen ist eine geringe Abnahme, um 200 000 Mark, zu verzeichnen. Die Bestände selbst werden mit 2190 Millionen Mark angegeben.

Die Beanspruchung des Reichsbankkredits war Ende Oktober mit rund 642 Millionen Mark außergewöhnlich hoch. Sie liegt darauf, daß immerhin beträchtliche Devisenbestände noch mit Reichsbankkredit durchgezahlt werden.

Folgen des 14. September

Die durch den Restriktion vom 14. September ausgelöste Krise hat unter anderem auch den deutschen Real-kredit getroffen. Jetzt liegt die erste Bilanz über die Schäden im Monat September vor.

Nachts überfallen!

Arbeitslosenschutz oder Armenpflege

Der Winter rückt heran - ein Winter voll von Sorgen und Nöten. Die Millionen der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen sehen mit großer Sorge diesem Winter entgegen. Ihre Existenz, wiederholt verschlechtert, reicht kaum mehr zur Überwindung des Lebens.

Die „Königliche Zeitung“, das führende Blatt der Unternehmerrasse, hat am Donnerstag den 9. Oktober folgende drei Hauptforderungen auf:

- 1. Eine intakte, normalen Lagen gemachene Beschäftigungstragbaren Beitragsföhen ohne Sonderzuschüsse des Staates. Die Mittel dazu würden in der Kürzung des öffentlichen Ausgabenprogrammes zu beschaffen sein.
2. Eine bewegliche Krisenfürsorge aus allgemeinen Mitteln für Bedürftige, die die Konjunkturwelle überbrücken soll.
3. Entsprechend früherer Uebergang in die individuelle Unterstüttung der Gemeinden.

Also zunächst Kürzung der Unterstüttungsbedürfnisse in der Arbeitslosenversicherung wenn möglich auf 12 Prozent. Das ist das Hauptziel der Unternehmerr. Abschluß der gesteuerten in die Krisen- und Wohlfahrtsunterstüttung, der eine beachtliche Verringerung der Zahl der Unterstüttungsberechtigten herbeiführen. So schreibt das Kölner Unternehmensgesetz, habe sich herausgestellt, daß beim Uebergang von der allgemeinen Versicherung zur individualisierten die Bedürftigkeit in die frühere Wohlfahrtsfürsorge ein sehr erheblicher Teil der bisherigen Unterstüttungsempfänger ausföhe und zum Teil Arbeit finde. Die Zahl dieser Ausscheidenden könne nach 30 bis 40 Prozent annehmen.

Diese Reformvorschlöge bedeuten, genau betrachtet, anderes als eine Verandlung der Arbeitslosenunterstüttung, die auf einem Rechtsanspruch beruht in Armenpflege der Vorkriegszeit; denn weder beim Uebergang in die Krisenfürsorge noch bei dem zur Wohlfahrtsfürsorge findet eine wirkliche Auslese der Bedürftigen statt. In die Krisenunterstüttung kommen etwa 60 Prozent der der Beschäftigung ausgesteuerten Arbeitslosen nicht hinein - weil sie nicht bedürftig sind, sondern einfach durch die Einströmung des Personalkreises der Krisenunterstüttung so find zum Beispiel im ganzen Reich die Arbeitslosen unter 21 Jahren - in manchen Landesbesatzungsstellen sogar die bis zu 25 bis 30 Jahren - vom Bezug der Unterstüttung ausgeschlossen. Beim Uebergang in die Wohlfahrtsunterstüttung scheidet eine beträchtliche Anzahl von gesteuerten deswegen aus weil sie Angst haben, auf dem Arbeitsmarkte hinunterzusinken, oder weil ihnen die Rückzahlungshedingungen für die Unterstüttungsbeträge unzumutbar sind.

Umgekehrt müßte eine Reform der Arbeitslosenversicherung erfolgen: die arbeitsfähigen Arbeitslosen gehören nicht in die Wohlfahrtsunterstüttung, sondern in die Krisenfürsorge. Was wir brauchen, ist nicht die Unterstüttung der Arbeitslosen in eine Art Armenpflege, sondern die Unterstüttung der Arbeitslosenversicherung Ausgesteuerten in einer der Unterstüttung ähnlichen Krisenfürsorge. Die vorübergehende Verschlechterung der Krisenfürsorge kann zur Not leicht als eine im Augenblick unvermeidliche Maßnahme hingenommen werden; für die Dauer genügt die Krisenfürsorge nicht. Sie wird in erster Linie aus Mitteln der Allgemeinheit finanziert; vier Fünftel der gesamten Krisenfürsorge werden durch die Gemeinden, damit wäre die Möglichkeit gegeben, die Volkswirtschaft zur Finanzierung der Arbeitslosenschutzes stärker heranzuziehen, die bisher die Arbeitslosenlasten nicht beitragen mußten.

Die Senkung der Braunkohlenpreise

Das Preussische Handelsministerium teilt mit, daß Verhandlungen über die Senkung der Kleinverkaufspreise von Salobriketts und Halbsteinen dazu geführt haben, daß die von dem Braunkohlenbergbau zugrundeliegenden Preise in solchem Umfange den Konsumenten zugute kommen, darüber hinaus die Handelspreise verringert wird. In diesem Zusammenhang sind die Erklärungen der Reichsregierung über die Kohlenhandels in Berlin bereit, daß die bisherige Notierung für die Monate November und Dezember wie folgt zu senken: Es wird ermäßigt der Preis für Salobriketts von 1,85 auf 1,78 Mark, geschütteltes Bricketts von 1,81 auf 1,74 Mark, Halbsteine von 1,81 auf 1,74 je Zentner frei Haus.

Wir bekönnen dem Kohlenhandel und dem Handel im allgemeinen, daß die durchgeführte Preisfestsetzung aus unzulänglich ist. Eine Revision der Preispolitik und eine Abkündigung des Preisgesetzes im Kleinhandel muß zu ganz erheblicher Preisermäßigung führen. Es ist zu erwarten, daß der Reichswirtschaftsrat dieser Richtung noch bestimmte Vorschläge macht.



## Mörderin mit sechzehn Jahren!

Liesja Neumann, die ihren Liebhaber erst umschmeichelte und dann ersticken ließ. Ist sie für ihre Tat voll verantwortlich zu machen?

Die Vernehmung der Berliner Uhrmachermörder Stolpe und Benziger dauerte an, desgleichen die Vernehmung der 16jährigen Mörderin Liesja Neumann. Während die beiden Mörder die Hauptschuld zuerst auf das junge Mädchen schoben, betonen sich jetzt alle drei Verbrecher in gleicher Weise schuldig und zeigen tiefe Reue. Liesja Neumann ist weinend zusammengebrochen.

Es ist ein Zufall, daß gerade jetzt die Pubertätsjugend im Mittelpunkt des kriminellen Geschehens steht? Man denke an den Fall der kleinen Langanke, die ihren Vater willentlich tötete. Man denke auch an Gertrud Frenzel, dieses zweifelhafte Geschöpf, das seit Wochen, sogar Monaten, vor dem Kriminalgericht ein großes Affentheater zur Vertriebung der jugendlichen Gefühlsbedürfnisse aufführt, wobei eine gewisse Clique zusammen mit einer hilflos scheinenden Clique die lächerlichsten Handlangerdienste leistet, und die jugendliche Frenzel sich als ein Heuchler entpuppt. Geradezu einer Komödie Molières entgegen sein könnte die Vernehmung der jurchabaren Serie der Pubertätsverbrechen Liesja Neumann, ein Typ, den der Berliner Volksmund aber nicht ganz unzutreffend als „Rummelplatznutte“ bezeichnet.

### Die Mord-Kommandantin.

Geben wir uns keinen Illusionen hin, die sechzehnjährige Liesja ist die geistige Dominante, die Führerin dieser Mordtat. In der Drontheimer Straße, sie inspiriert nicht nur, sondern kommandiert das Verbrechen mit der Energie eines Feldmarschalls und schwingt mit Megärenmiene das Beil über dem Kopf des Mannes, dessen Bett sie eben, wie schon seit längerer Zeit, teilte. Sie hat den Plan geschaffen, sie hat sich als Kommandante zwei junge Leute gebunden, die ihr ebenso hörig sind wie der Uhrmacher, den sie ermorden ließ.

Seltene Erscheinung, daß ein 16jähriges Mädchen zwei erwachsene Männer so intensiv zu beherrschen vermag, daß sie für sie nur Bagatellen riskieren, sich, wenn sie Besch haben, in die Hände des Scharfrichters zu begeben. Seltener, daß der alte Uhrmacher, der hunderte von Mädchen zur Verfügung hatte und früher schonere Mädchen vorgekommen sind, sich in die Fänge einer gewissermaßen rettungslos verliehen mußte. So ist es allerdings erklärlich, daß der Uhrmacher vollkommen in den Bann der Kommandantin geriet, die auf ihn offenbar jene sexuelle Anziehungskraft ausübte, wie sie sonst nur durchtriebenen Frauen von 30 und 40 Jahren auszuspielen haben.

### Eine zweite Gabriele Bompard.

Die Tat war durchdacht, aber durchdacht mit dem Münden einer mehr zwecktreibigen als vorstichtigen Verbrecherpsychologie. Es ist von der jugendlichen Mörderin eine der seltenen Fälle des Mordes: der Mord im erotischen Hinterhalt gewählt, den nur hatten die Koryphäen dieser Morbarteit — Graubard in Paris und Ledebur in Budapest das Opfer in einem Hinterhalt gefodert, während Liesja ihrem umschmeichelten Liebhaber das Ende im eigenen Bett bereitete. Vorausbedacht, den sie so zu bestreiten und zu verstreuen, daß der Mord an ihm ein Spielerei wurde, trank sie vorher mit ihm Viktor und ging ihm ins Bett, um ihn im entscheidenden Moment mit der Wucht der Lebenswürdigkeit zu berühren, mit der Gabriele Bompard seinerzeit dem Gerichtsbeamten den Gürtel ihres Schlafes um den Hals schlang, den ihr Liebhaber am Halszug

in die Höhe wand. Liesja beruhigte den Uhrmacher, als die nervösen Verbrecher im Laden unprogrammatischen Lärm machten und ließ ihn nicht aus ihren Armen. Während der Uhrmacher um sein Leben rang, feuerte Liesja immer wieder die Mörder, deren Kraft schon zu erlahmen drohte, an und griff schließlich zur Wut und Befehl, nackt wie eine blutige Erinne, das Ende. Da vollendeten Stolpe und Benziger ihr graufiges Werk, sie wollten vor Liesja nicht feige erscheinen.

### Marionetten der Geschlechtlichkeit

Es ist überaus schwer, das verkehrte Seelenleben einer solchen jugendlichen zielbewußten Mörderin überhaupt auszu-denken, und wenn man es tut, so fallen einem die Gegenfälle auf, die in der Tat als solcher liegen und denen jeder geistige Zusammenhang fehlt.

Gab es für die drei nicht andere Geminchancen, als einen alten Mann unter Umständen umzubringen, die mit Bestimmtheit sagt die Täter liefern mußte? So verblüffend auf der einen Seite die Zweckmäßigkeit des Handelns erscheint, so unbedacht ist auf der anderen Seite die Ausführung. Selbst dann, wenn wir annehmen, daß Liesja von dem Drang nach Geld und Wohlleben erfüllt war, so begreift man die Tatsache nicht, daß sie, die kleine Rummelplatznutte, ihren Aufstieg mit einem so ausichtslosen Raubmord beginnen wollte. Es standen ihr zweifellos auf dem durchaus harmloseren und für sie nicht ganz unbekanntem Wege der Prostitution bessere Chancen offen. Es liegt hier also etwas drin, was den Mord erst erklären muß, ein tieferes Motiv, das fast zwangsläufig zu dieser Handlung drängte. Die Komplizen, die erwachsenen Männer, die sich von einem halben Kind als Marionetten ihrer Geschlechtlichkeit in den Blutsumpf drängen ließen, sind zwar dem Geleß voll, die eigentliche Täterin als jugendliche nur beschränkt verantwortlich. Sie handelten einfach, wie Liesja es wollte.

### „Sex appeal“

Nun ist die einzige Aufgabe, zu ergründen, warum wollte Liesja ausgerechnet den Mord? Aus Angst, Ubrich hätte sie wegen der vor einem halben Jahre begangenen Erpressungen anzeigen können? Wohl kaum, denn sie war sich des Einflusses ihrer lasterhaften Pubertät auf die senilen Gelüste ihres Freundes wohl bewußt und hat ihn nach einem früheren Streite doch im Nu wieder für sich eingefangen. Er hing in einer ganz besonderen Hörigkeit an dem durch und durch verdorbenen Mädchen, dem jenes eigentümliche Maß von Anlockungsfluidum eigen war, welches man heute „Sex appeal“ nennt und das nicht nur ihn, sondern auch die Komplizen und wer weiß, wen noch, berückte.

### Schwangerschaftspsychose?

In der Tiefe aller Tiefen liegt hier ein Sexualdelikt, eine Sexualtatsache vielleicht, eine aus dem Unbewußten oder Unterbewußten aufsteigende Tat, welche zu beurteilen, dem Sexualwissenschaftler und Psychiater vorbehalten bleiben muß. Eines steht fest, das Mädchen ist zurzeit im 5. Monat schwanger und die Tat somit in einem Stadium begangen, welches wir später erst als den Zustand der Menstruation, als eine Wurzel verbrecherischer Betätigung erkannt haben, so daß wir erst jetzt anfangen, den in der Schwangerschaft begangenen Straftatungen einiges Verständnis entgegenzubringen. Die Schwangerschaft ist ein Dauerzustand mit den größten Steigerungs- und Berührungsmöglichkeiten, so daß wir hier eine Schwangerschaftspsychose in den Bereich der Möglichkeiten ziehen müssen. So unsympathisch uns das Mädchen ist, und so sehr wir sie uns voll verantwortlich wünscheln würden, so müssen wir doch alle Möglichkeiten in Erwägung ziehen, welche Unfreiheit des Willens bedingen könnten.

## Frenzel-Prozess

Am Montag wurden in Potsdam die Verhandlungen im Frenzel-Prozess fortgesetzt. Als Zeuge über die Entstehung der Verbrechen der Voruntersuchung wurde Professor Lehmer vernommen. Er erklärte, daß Gertrud und Hilde Frenzel ihre ihren belästigenden Aussagen in völliger Ruhe gemacht hätten. Bei anschließenden Gegenüberstellungen von Frau Frenzel mit dem Staatsanwalt Dr. Fuhrmann blieb Frau Frenzel bei dem bereits aus dem ersten Frenzel-Prozess bekannten Bekenntnis, wonach sie bei der ersten Vernehmung dem Staatsanwalt vieles gelügt habe, was sie heute nicht mehr verantworten könne. Die nächsten Zeugen, eine Frau Volkwein aus Potsdam und ihre Mutter, die früher im Frenzelschen Hause wohnen hatten, sagten zur Sache, die zur Verhandlung steht, nichts Neues behaupteten, aber, daß auch Elsie Frenzel ihren Vater belästigt habe. Auch die Zeugin Vogel aus Potsdam berichtet, Elsie, genau wie Hilde Frenzel, ihr im Alter von 9 Jahren unzüchtliche Dinge im Sinne der Anklage von Frenzel erzählt hätte; die Zeugin betonte jedoch, daß sie den Mädchen dabei keinen Glauben geschenkt habe.

## Anselma Heine †



In Berlin verstarb bald nach ihrem 75. Geburtstag die berühmte Anselma Heine an den Folgen eines Schlaganfalls. Das Leben der Verstorbenen, unter denen sich die Bücher „Peter Paul“, „Die verlorene Schrift“, „Zinnische Koecken“, „Die Herr“ besonders auszeichnen, amtet die Klarheit und den Reiz eines gütigen, erlebnisreichen Lebens.

## Bertwegener Streich zweier Autobanditen

Ein unangenehmes Erlebnis hatten hier in der Nacht zum Sonntag ein junger Berliner Ingenieur und seine Begleiterin. Sie kamen in einem kleinen Opelwagen von einem Ausflug aus Treptow zurück. Gegen 130 Uhr nachts passierten sie die Chaussee Johannisthal-Budow. Hier wurde der Wagen plötzlich von zwei Männern angehalten, von denen der eine mit einer Pistole, der andere mit einer kurzen Eisenklinge bewaffnet war. Die Wegelagerer zwangen den unbewaffneten Ingenieur und die Dame auszusteigen und zu Fuß weiterzugehen. Dann setzten sich die Männer in das Auto hinein und fuhren damit in der Richtung nach Budow davon. Der Ingenieur begab sich zu einem Polizeirevier in Johannisthal und berichtete dort, was ihm zugestoßen war. Das entführte Auto ist, obwohl die Polizei die Nachforschungen sofort aufnahm, noch nicht wiedergefunden worden.

## Parade-Elefanten gegen Zuschauermenge

Panik beim Lord-Majors-Umzug in London

Als der traditionelle Festzug des neuen Bürgermeisters von London sich gestern nachmittag an der Universität vorbeibewegte, kam es zu einem Ausbruch von Panik, der vier riesigen Elefanten, die in der indischen Gruppe des Zuges mitgeführt wurden. Eines der Tiere wurde auf eine von Studenten emporgehobene große Puppe, die einen roten Löwen darstellte, aufmerksam, kletterte sich auf die Puppe und ergriß sie mit dem Rüssel. Die drei anderen Elefanten folgten ihm und brachen gleichfalls aus dem Zuge aus. Die Zuschauer hoben entsetzt nach allen Seiten aneinander. Mehrere Frauen und Kinder wurden von der Menge zu Boden getreten. Im ganzen wurden etwa zwanzig Personen verletzt. Die Räder konnten die Tiere nach kurzer Zeit beruhigen und wieder in den Zug einordnen.

## Die bewohnte Sahara

Eine nach der libyschen Wüste entsandte ägyptische Mission hat, wie der ägyptische Korrespondent des „Soz. Pressebüros“ meldet, in der Nähe des nördlichen Randes der Sahara bemerkenswerte archaische Funde gemacht, die zur Bestätigung der Theorien dienen, daß die Sahara in einer nicht allzu weit entfernt liegenden geologischen Epoche, kein Sand- und Steinmeer, sondern ein von Menschen bewohntes fruchtbares Gebiet mit gänzlich anderen klimatischen Bedingungen gewesen ist. Außer Weisspitzen und Steinwerkzeugen sind in der Nähe einer Quelle auf Felsen mit großer Naturtreue wieder-gegebene Zeichnungen von Löwen, Straußen und Giraffen gefunden worden, die auf das Vorhandensein menschlicher Siedlungen und das Vorhandensein eines Sees schließen lassen. Der Fundort, der unter den libyschen Komaren als Dose von Arkan bekannt ist, liegt mehrere hundert Kilometer abseits der Karawanenstraßen und bietet kein bequemes Ziel für Forschungs Expeditionen, obwohl eine systematische Durchforschung des Gebietes wahrscheinlich bisher noch unbekannte und sehr interessante Ergebnisse zu Tage fördern würde.

## Autobus vom Zuge überfahren

Bei Floesti (Rumänien) ist ein stark besetzter Autobus von einem Personenzug erfasst und überfahren worden. Elf Personen waren sofort tot. Vier wurden lebensgefährlich verletzt. Von diesen dürfte kaum einer mit dem Leben davontkommen. Die Schuld an dem Unglück trifft den Bahnwärter, der die Schranke nicht geschlossen hatte.

## Do X in England

Das Flugschiff Do. X ist gestern 10,05 Uhr aufgestiegen und hat Amsterdam verlassen. Kurz vor 10,30 Uhr kreuzte es in majestätischem Flug den Zuider-See. Nach einem längeren Flug über den Zuider-See ist das Dornierflugboot in der Nähe der Pampusinsel wegen eines Motordefektes auf das Wasser niedergelassen. Um 11,45 Uhr (Amsterdamer Zeit) gelang es der Maschine aber wieder aufzusteigen. Sie kreuzte um 12 Uhr über der Stadt Amsterdam. Nachmittags gegen 15,30 Uhr ist das Flugschiff über Calshot eingetroffen und um 15,37 Uhr glücklich gelandet. Etwa ein Duzend Flugzeuge hatten dem Flugschiff das Geleit gegeben.

In Calshot hatten sich schon im Laufe des Vormittags zahlreiche Schaulustige eingefunden, die am Strande Aufstellung nahmen, in der Hoffnung, den Do. X bei seiner Ankunft zu sehen. Luftwizemarschall Lamb, der Befehlshaber des Küstenbezirks, war gekommen, um Dr. Dornier und Kapitän Christianien, mens des englischen Luftfahrtsministers zu begrüßen und zu beglückwünschen. Als Vertreter der deutschen Botschaft in London war Herr von Scherpenberg erschienen. Kurz nach 2 Uhr stieg eines der großen Flugboote der Southamptoner Station auf, um dem Do. X entgegenzuzugelen. Es war verabredet worden, daß es dem deutschen Flugzeug durch Leuchtflugeln den Weg zum Flughafen zeigen sollte. Gegen 15,25 Uhr wurde die riesige Maschine auf der Höhe der Insel Wiggat gestrichelt. Sie war von annähernd 50 Flugzeugen verschiedenen Typs begleitet. Als Do. X Calshot erreicht hatte, führte er einen Kreisflug über dem Fort aus und ging dann in schönem Fluge um 15,36 Uhr auf das Wasser nieder. Ein Schleppboot der britischen Luftstreitmacht nahm alsbald das Flugboot ins Schlepptau und brachte es an die Ankerboje. Die offiziellen Persönlichkeiten begaben sich darauf in einem Motorboot an Bord des ziemlich weit vom Ufer entfernten liegenden Do. X, wo sie Dr. Dornier und den Kapitän begrüßten und das Flugboot besichtigten. Unter ihnen befand sich auch der Master of Sempill, dessen Gast Dr. Dornier während seiner Abwesenheit in Calshot sein wird.

## Die Professoren-Killer von Heidelberg

„Vier Jahre Mord“ und das schlechte Gewissen der Feme-Freunde — Nazi-Sturm gegen einen Unwürdigen — Herr Abendroth führt die akademischen Landsknechte

Die Heidelberger Nazis und die ihnen verwandten reaktionär-faschistischen Verbände wollen zu einem großen Schlag ausweichen. Das Objekt ihrer wüsten Hehe ist der außerordentliche Honorarprofessor an der Heidelberger Universität, Dr. E. J. Gumbel, ein Wissenschaftler von europäischem Ruf, dessen entschiedene, linkssozialistische Einstellung den nationalsozialistischen Fintzlergeist und ihrem Hugenbergischen Stahlhelmsfolge ein Dorn im blauen Auge ist. Professor Gumbel hat sich den Putzschiffen vom Falkenkreuz besonders durch sein bekanntes Buch „Vier Jahre Mord“ verhasst gemacht, in dem er mit minutierender Gründlichkeit das schauerliche und bestialische Treiben der rechtsradikalen Femeverbände, ihr Killingsystem und ihre Waffenschiebungen aufgezeigt hat.

Man macht sich kaum einen Begriff davon, mit welcher Infamie die reaktionäre Meute gegen den bewährten Gelehrten geht. In der Universität werden Flugzettel eines obskuren „Aktionsausschusses der nationalen Studenten Heidelbergs“ verteilt, in denen der republikanische Gelehrte in der wütesten Weise beschimpft und als „Unwürdiger“ bezeichnet wird. Die faschistischen Studenten, deren persönlicher Mut sich durch die Tatsache besonders charakterisiert, daß diese widerlichen Schmähungen eines verdienten Mannes streng anonym ausgestoßen werden, beifügen die Unverschämtheit, Professor Gumbel in einem Propaganda-Plakat das die Heidelberger Vitzfakultäten jetzt, als „ungeeignet, die deutsche Jugend zu erziehen“, zu diffamieren.

Aber noch nicht genug damit. Um den Treibern die Krone aufzusetzen, haben die nationalsozialistischen Studenten eine Versammlung gegen den Gelehrten einberufen, zu der sie sich ein Mitglied der berüchtigten Mörderbrigade Ehrhardt, und zwar den Kapitänleutnant Abendroth, verschrieben haben. Kapitänleutnant Abendroth ist jener Rechtsbrecher, der seinerzeit den Putzschiffhauptide Ehrhardt durch List und Gewalt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis befreit hat. In seinem Buch „Vier Jahre Mord“ hat Gumbel auf diesen verbrecherischen Streich des Abendroth und die dunkle Rolle, die dieser Landsknecht in den Femejahren als Mitglied der Brigade Ehrhardt gespielt hat, mit aller Deutlichkeit hingewiesen.

Rektor und Senat der Heidelberger Universität stehen dem skandalösen Treiben des hoffnungslosen akademischen Hitzler nachwuchses entschieden ablehnend gegenüber und setzen sich voll und ganz für den angepöbelten republikanischen Dozenten ein. Der Universitätsrektor ist entschlossen, feierlich

## Professor Gumbel



Störungen der Universitätsordnung durch den akademisch gebildeten Räuber der Fakultätskonferenz zuzulassen. In ein besonderes Licht wird die Attake gegen Professor Gumbel übrigens noch durch die Tatsache gerückt, daß der Gelehrte auf einem völlig unpolitischen Gebiet, und zwar über Versicherungsmathematik, sich

# ARBEIT UND WIRTSCHAFT

## Ein böses Ding

Lohnabbau und Wucherpreise

Der verhängnisvolle Schiedspruch im Berliner Metallkonflikt ist das Tagesgespräch der Berliner Arbeiterschaft. Der Spruch schlug wie eine Bombe ein. Uebereinstimmend stellt am Montag aber die Presse fest, daß in den Berliner Metallbetrieben recht deutlich die Empörung und Erregung der Arbeiterschaft zu spüren seien. Kein Wunder: denn dieser Spruch ist, von welcher Seite man aus ihn auch betrachten mag, ein böses Ding. Auch „Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, das heißt, also ein Organ, das den Hauptverantwortlichen für die Entscheidung in der Berliner Metallindustrie politisch nahe steht, rüft deutlich von dem Schiedspruch ab. Das Blatt gibt ohne weiteres zu, daß der Spruch bei der Arbeiterschaft eine große Enttäuschung hervorrufen muß. Als Organ, das die Politik der Brüning-Regierung verteidigt, ist ihm dies Zugeständnis natürlich peinlich. Es versucht daher, den Deutschen Metallarbeiter-Verband zum Sündenbock zu machen. Dieser soll an dem Hungerpreis schuld sein, weil er die Vereinbarung zur Aufstellung eines Sonderchiedsgerichts mit endgültiger Entscheidungsmöglichkeit abgeschlossen habe. Die Vereinbarung sei das Werk und die Folge einer „verfälschten Gewerkschaftstaktik“ gewesen. Die Kampfproben seien umsonst gebracht worden. Der „Größenwahn“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe der deutschen Arbeiterschaft einen bösen Streich gespielt. Wir verstehen — der Fohn der Arbeiter soll von den wirklich Verantwortlichen abgeleitet werden. Aber wie liegen denn die Dinge? Selbst wenn die Vereinbarung zur Aufstellung des Sonderchiedsgerichts ein Fehler gewesen war, dann ist doch damit nie und nimmer das, was in dem Schiedspruch enthalten ist, richtig und gut. Und darauf kommt es an. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen ist, zeigt sich immer deutlicher, daß die 8 Prozent Lohnabbau die der Schiedspruch anordnete, zweifellos eine Art Generalparade der Regierungsrücknahme darstellt. Sie sind ihre große Lohnabbaurücknahme und daran ändert sich nichts bei der Verkündung der Entscheidung, daß ihre Entscheidung keineswegs als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerkschaften und Orten angesehen werden könne und dürfe. Die Schlichter mögen diese Überzeugung haben. Tatsächlich wird jedoch ihre Entscheidung in der Praxis die Rolle einer solchen Norm spielen. Das — nicht für das gesamte Schiedsrichterkollegium, wohl aber für sehr maßgebende Stellen die 8 Prozent Lohnabbau von nun an als ein gutes und billiges Sache werden, behält die Erklärung Sinn, wenn eine Lohnsenkung in Höhe von 8 Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war, und die entsprechende Frage für ihn nur noch gelautet hat: „sollt 8 Prozent durch Mehrheitsentscheidung oder wenigstens zeitliche Hinaussetzung eines Teiles der Lohnsenkung durch einstimmige Entscheidung.“

Der munde Punkt des Schiedspruchs — das wird auch vom „Deutschen“ angegeben, liegt darin, daß er auf einer Erwartung aufbaute — daß eine Preissteigerung, die diesen Namen nämlich verdient, eintritt werde. Das heißt auch „Der Deutsche“, das Organ der Christen, sehr nachdrücklich hervor. Er schreibt: „Die Schlichter rechneten mit einer Senkung der Lebensmittelpreise. Wir stellen hiermit fest, daß dies für die Schlichter eine wichtige Voraussetzung für ihren Schiedspruch war. Trifft diese Voraussetzung nicht ein, so wäre derselbe ein Fehlurteil schlimmster Art, dies um so mehr, als er keinerlei Härteausgleich vertritt.“ Wir wollen den Schlichtern ihren Glauben an die Preislenkung nicht abtrotzen. Sie müßten jedoch bei ihrer Entscheidung in Rechnung stellen, daß die Metallarbeiter und mit ihnen zusammen die Massen der Arbeiterschaft überhaupt einzuweisen noch nicht an die Bewirtlichung des Preisabbaupreises glauben. Wenn die Schlichter, wie von einigen Blättern angelehnt wurde, nur auf Grund beschränkter Informationen seitens des Kabinetts und der Metallbetriebe in der Frage des Preisabbaus zum Diktator des Lohnabbaus für die Metallarbeiter bereit erklärt haben, d. h. wenn auch nach ihrer Auffassung der Preisabau bis zum Beginn des neuen Jahres eine sichere Sache ist, dann hätte man doch ruhig den Lohnabbau um rund 8 Prozent ab Januar davon abhängig machen können, daß bis dahin die entsprechende Preislenkung durchzuführen wird. Lediglich umbedingt war das nicht.

Ahem! Und hier nach liegen die Dinge aber so, daß die Regierung noch immer an der Möglichkeit, ihr Preisabbaupreispflicht zu erfüllen, zweifelt. Deswegen sollte zunächst einmal mit dem Lohnabbau ein Anfang gemacht werden.

Was nun? Jetzt gilt es, einer kühnen Sache eine jähre Seite abzugewinnen. Die Empörung, die der Spruch ausgelöst hat, muß als Stützblock gegen die Preisämmer angesehen werden. Empörung und Wut werden den Reichsrath in Bewegung bringen. Hier liegt vielleicht eine Chance der Arbeiter. Ein Volkssturm muß den Preisabau erzwingen. Das Uebel des Hunger-Schiedspruchs muß lenken. Hierunter mit den Wucherpreisen!

## Eine Erklärung Einzelheimers

Herr Einzelheimer, der als Schlichter in dem Berliner Metall-Schiedspruch wirkte, veröffentlicht folgende Erklärung zu seiner Abkündigung im Schlichterkollegium: „Ich habe keine Bedenken, mich darüber zu äußern, aus welchen Gründen ich den Schiedspruch der Berliner Metallindustrie zugunsten habe. Ich habe für den Schiedspruch nicht deswegen gestimmt, weil ich grundsätzlich eine Lohnsenkung als das Mittel für eine Überwindung der Krise ansehe. Im Gegenteil halte ich in der grundsätzlichen Frage nach der volkswirtschaftlichen Berechtigung von Lohnsenkungen in der gegenwärtigen Lage alle Bedenken, die bereits vor wertschöpfender und gemeinschaftlicher Seite ausgesprochen worden sind. Ich bin auch nicht für eine Lohnsenkung in dem angegebenen Ausmaß eingetreten, sondern habe im Gegenteil einen von dem früheren Schiedspruch abweichenden Standpunkt vertreten, nicht nur was die Höhe der Lohnsenkung, sondern auch was ihren Beginn und ihre Einwirkung angeht. Erst als ich mich im Schiedsgericht dem Vorzug widmete, daß eine Lohnsenkung in Höhe von acht Prozent mit sofortiger Wirkung geplant war, fand ich vor der Frage, ob ich eine solche Lohnsenkung in diesem hohen Ausmaß mit sofortiger Wirkung durch Mehrheitsentscheidung des Schiedsgerichts einrichten lassen oder ob ich mit meiner Stimme weitgehend eine zeitliche Hinaussetzung dieser Senkung zu erreichen suchen sollte. Ich bin den letzteren Weg gegangen, um die sofortige Lohnsenkung um 8 Prozent zu verhindern. Schließlich möchte ich darauf hin, daß es keineswegs die Aufgabe des Schiedsrichters war, den Gehalt in der Berliner Metallindustrie als eine Norm für Lohnsenkungen in anderen Gewerkschaften und Orten anzusehen. Die Begründung des Schiedspruchs zeigt darauf hin, indem die eine Seite den Schiedspruch ausdrücklich ablehnt.“

## Neuer Angriff auf die Löhne in der Hüttenindustrie

Die Schwerindustrie löst auf der ganzen Front gegen die Metallarbeiter vor. Auch das Peiner Walzwerk und die IJeder Hütte haben sich jetzt diesem Vorhaben angeschlossen. Sie haben durch Anschlag bekanntgegeben, daß a) die Senkung der Verdienste wie in Rheinland-Westfalen mit 7 1/2 Prozent erfolgt, b) die seit dem 1. Juli 1930 unterbliebene Verdienstföhrung nachträglich berücksichtigt wird, c) der inzwischen eingetretenen weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Rechnung getragen wird.

Man will dem Lohnabbau also rückwirkende Kraft geben. Die Arbeiterschaft soll da der Tarifvertrag am 31. Oktober abläuft, mit einem Lohnabbau vom 1. Juli an befristet werden, den sie für die Zukunft zu tragen hat. Die Werksleitung begründet ihr Vorhaben mit einer Ermäßigung der Akkordüberverdienste um 7 1/2 Prozent, die vom 1. Juli an in Nordwest vor-

genommen sein soll. Gleichzeitig ist der gesamten Belegschaft Peiner Walzwerkes und der IJeder Hütte circa 3500 Arbeiter die Kündigung mit der Maßgabe zugestellt worden, daß am 18. November das Arbeitsverhältnis als beendet zu betrachten sei. Zugleich wurde allen Arbeitern ein neuer Unterschriftsübersicht überreicht, wonach diejenigen, die sich der Lohnsenkung beugen, weiter beschäftigt werden sollen. Aber auch bereits vor einigen Monaten entlassenen Arbeitern wurden ähnliche Revers zugestellt. Sie sollen den Arbeitgebern zur Durchführung ihrer rigorosen Maßnahmen als Werkzeuge dienen. Es glaubt, die Arbeiterschaft sei infolge Feierschichten, Entlassungen und Lohnsenkung so müde geworden, daß man jetzt unter Vorkaufnahme der Erwerbslosen die Nachprobe wagen kann. Man hat aber nicht mit dem Widerstand der Belegschaft gerechnet. In zwei großen überfüllten Belegschaftsversammlungen haben die Arbeiter einmütig den Beschluß gefasst, die Unterschrift des Revers abzulehnen und sich entschlossen, den Kampf um Lohnabbau aufzunehmen.

## Ausblick in den Arbeitslosenwinter

Die neue Arbeitsmarktlage

Die zweite Hälfte des Monats Oktober hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Arbeitslosenvermehrung mit einem starkem Hauptunterstützungsempfänger belastet. Der Zugang um rund 70 000 (im Vorjahr 106 000), zu dem noch ein Mehr von rund 22 000 (im Vorjahr 7000) Kriegsunterstützte hinzukommt, brachte die Gesamtzahl der Unterstützten in beiden Einrichtungen auf zusammen rund 2 072 000, wovon rund 1 561 000 auf die Arbeitslosenunterstützung, 511 000 auf die Kriegsunterstützung entfallen. Besonders bedauerlich sind auch die Meldungen von Arbeitslosen an den Arbeitsämtern geblieben. Sie betragen nun am 31. Oktober auf rund 3 323 000, wovon etwa 3 253 000 als arbeitslos angesehen werden müssen.

Auch diesmal ist ein Teil der Zunahme zurückzuführen auf die bessere Erfassung der Wohlfahrtssetzungslosen. Das Sinken des Beschäftigungsgrades ist zu einem erheblichen Teil durch den der Jahreszeit entsprechenden Rückgang der Arbeit in den Saison-Industrien hervorgerufen, doch sind auch die meisten übrigen Berufsgruppen daran beteiligt. In der Landwirtschaft ist die Arbeit in der Kartoffel- und Rübenanbau im wesentlichen beendet. Das Baugewerbe hat an der Zunahme der Arbeitslosenanzahl fast beteiligt, das zehnjährige Wohnbauprogramm des Reiches hat in einigen Städten eine noch härtere Zunahme der Entlassungen hervorgebracht. Mit dem Rückgang der Bau-Unterstützten gehen Produktionsrückstellungen in der Industrie der Steine und Erden Hand in Hand. Einzelne Produktionszweige konnten eine saisonmäßige Besserung oder ein Erhalten des Beschäftigungsgrades erwirken, so die Zuckerindustrie und andere Zweige des Nahrungsmittelgewerbes infolge des Weihnachtsgeschäftes, die Beschäftigung in den Forsten und die Verpackungsmaschinen. Auch der Verkehr in den Seehäfen zeigt zum Teil Zeichen der Belebung. Schließlich haben einige Zweige

der Spinnstoffindustrie und des Bekleidungsgebietes an jenen Orten besser zu tun. Der Absatz an Steinkohle und Braunkohle hat sich nicht gebessert. In fast allen Zweigen der Metallindustrie sind neue Entlassungen ausgeprochen worden, vor allem wurden in Westfalen und Sachsen weitere Produktions-einschränkungen der Metallindustrie angeordnet.

Die neuen Arbeitsmarktziffern deuten an, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr beim Beginn des Winters nicht mehr so stark sein wird wie sonst, weil große Teile von Arbeitskräften, die in Normaljahren erst im Herbst oder Winter arbeitslos werden, bereits längst dem Arbeitsmarkt eingereicht sind. Diese Feststellung gibt wenigstens eine gewisse Beruhigung. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß die Unterstützungszahl in der Versicherung gegenüber dem Vorjahr um rund 700 000 höher liegt und in der Kriegsunterstützung um 350 000. In beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen sind in diesem Jahr über eine Million Unterstützte mehr vorhanden.

Die Beitragserhöhung für die Arbeitslosenunterstützung 6 1/2 Prozent, sowie die finanziellen Anstrengungen der Gemeinden durch Steuern ihre Wohlfahrtssets zu kürzen, geben die Gewähr im großen und ganzen die Unterstützung zu erhöhen in der Arbeitslosenversicherung wie in der Kriegs- und Wohlfahrtsfürsorge, für rund 4 Millionen Wochenausgaben. Die Arbeitslosenversicherung wird. Das Unterstützungsniveau jedoch läßt viel zu wünschen übrig. Vor allem wirkt sich die Neueregierung der Kriegsunterstützung negativ für die Wohlfahrtsunterstützten aus. Die Städte müssen ihre Wohlfahrtsrisikofläche den Sähen der Kriegsunterstützung an, damit ein Wohlfahrtsunterstützter besser wegkommt als ein Kriegsunterstützter. Die Hungerkatastrophe wird überall nochmals gekürt.

## Ein starkes Stück

Bekanntliche Landwirtschaftskammer fordert mehr ausländische Wanderarbeiter

Die Unterbindung der Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter wird von der Großmehrwahl in erster Linie mit dem Hinweis auf die Unentbehrlichkeit dieser ausländischen Arbeiterkräfte im Zuderrübenbau begründet. So vertritt der Ausschuss für Arbeiterangelegenheiten der Landwirtschaftskammer Westfalen in einem an den Reichsausschuss für landwirtschaftliche Produktion gerichteten Telegramm, daß entgegen der Feststellungen der Reichskommission nicht genügend inländische Erntehelfer verfügbar seien. Die Artzuchtverwaltung der landwirtschaftlichen Produktion ist besonders im Zuderrübenbau ohne das leistungsfähige Auslanderschichtungs-niveau unmöglich. Nur so es zu einer härteren Einstellung des Kontingents, denn bei der Schließung weitauslicher Zuderrübenanbauflächen...

Wer sagt's denn in Wirklichkeit mit der Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter im Zuderrübenbau? Nach eingehender Untersuchung des Diplomlandwirts Dr. Lohrer werden in den Kragegebieten des Zuderrübenbaus wesentlich weniger ausländische landwirtschaftliche Arbeiter pro 100 Hektar Zuderrübenanbaufläche beschäftigt, als dort, wo er nur eine untergeordnete Rolle spielt. So wurden im Jahre 1925 in den Kragegebieten des Zuderrübenbaus Sachsen, Anhalt, Schonen, Hannover und Braunschweig bei einer Zuderrüben-Anbaufläche von 200 000 Hektar insgesamt 4396 ausländische Wanderarbeiter beschäftigt. Auf 100 Hektar entfielen 146 Ausländer. In den Gebieten mit geringeren Zuderrübenbau, wie Preußen, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg, wurden bei 60 402 Hektar

Zuderrüben-Anbaufläche insgesamt 61 526 Ausländer beschäftigt. Auf 100 Hektar Zuderrüben-Anbaufläche, entfielen hier gleichen Jahr 102,5 Ausländer, also 33,9 mehr als in den Kragegebieten.

Wenn die Agrarier betonen, es seien nicht genügend inländische Erntehelfer für die ausländischen Wanderarbeiter vorhanden, so muß darauf verwiesen werden, daß Ende Juli, d. h. einer Zeit, wo die Landwirtschaft am härtesten beschäftigt ist, den Arbeitsämtern nicht weniger als 56 000 arbeitslose Landarbeiter gezählt wurden. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von rund 30 000.

In der Wanderarbeiterfrage darf auch nicht übersehen werden, daß die 100 000 ausländischen landwirtschaftlichen Arbeiter ansehnliche Ersparnisse mit über die Grenze nehmen. Die fremden Arbeiter leisten ihren Verdienst nicht in Deutschland. Rechnet man nur 400 Mark Ersparnisse pro Kopf, dann sind es rund 40 Millionen, die Deutschland von den fremden Landarbeitern verdient, nicht in Deutschland verbraucht werden.

## Entlassungen auf der Gutshof bei Rothenbach

In den am Rothenbach liegenden Ortschaften herrscht einigen Tagen unter der Bevölkerung große Aufregung, da man vermutet, daß die Gutshof in Kürze Zeit einer weitgehenden Betriebseinschränkung unterzogen wird. Allem Anschein nach sollte sogar eine Betriebstillegung erfolgen. Die zukünftigen Anspargen, Gemeinde, Amts- und Kreisverwaltung, die Betriebsräte der Bergarbeiter werden kein Mittel anzuwenden, bei dem Stilllegungstempo mit den zukünftigen Ministerien alles zu unternehmen, was sich leicht eine weitere Betriebstillegung verhindern könnte. Durch die bedeutenden Entlassungen in der Kohlenindustrie und die Stilllegung der Eisengruben im Osten des Reiches Landesgut, ist die lokale Bevölkerung dieser Gegend bereits aus dem Arbeitsmarkt ausgesprochen. Bestehen erregt gerade der Stilllegungstempo angespannt, da deren Rentabilität völlig gefährdet ist. Der in Rothenbach herrschende Kollaps wird von Fachleuten außerordentlich gut begründet.

Wie wir hierzu erfahren, protestiert der Kreisverband Landesgut im Verbands der preisgünstigen Berggemeinden auf das Entschiedenste gegen weitere Betriebseinschränkungen der Gutshof. In einer Entscheidung heißt es: Die Gutshof hat ausdrücklich die höchsten Preisunterstützungen im Reich für die Kohlenindustrie erhalten. Gegenüber den Gemeinden des Reiches Landesgut, die Wohlwollenden bereits zu groß, daß es läßt bei der Stilllegung des Betriebes aufgehoben werden können. Der Kreisverband fordert, daß die Stilllegungstempo eine weitere Einstellung des Betriebes im Osten des Reiches nicht verhindert werden kann. Der in Rothenbach herrschende Kollaps wird von Fachleuten außerordentlich gut begründet.

## Gewerkschaften und Wirtschaftskrise

In der am Montag, den 17. November 1930, um 10 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, stattfindenden Ballversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter, sprach Kollege Willi Eggert vom Bundesvorstand, der Vorsitzende der Gewerkschaften in handelspolitischen Fragen bei internationalen Verträgen, über: „Gewerkschaften und Wirtschaftskrise.“ Die Befreiung des Beschäftigungsstandes konnte in Rücksicht auf andere Verpflichtungen des Reiches weder früher noch später erfolgen. Die Reichsregierung und Gewerkschaftsvertreter des DGB und der Ufa haben gegen Begegnung der Kommission teilgenommen. Eintritt frei!

Preisgeldgewinnliche Veranstaltung! Ende Sonntag um 11:00 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: 2. Gedenkgottesdienst der Gewerkschaften